



SECON: Sozialwirtschaft –
Regionale Gesamtkonzepte zur
Unterstützung

Aufgabe A1.3. Feldforschung zu regionalen Bedürfnissen, Einstellungen und Perspektiven

Ergebnisbericht zur regionalen Bedarfsanalyse

KMOP, August 2024

KMOP Soziales Aktions- und Innovationszentrum



SECON: Sozialwirtschaft – Regionale Gesamtkonzepte zur Unterstützung sozialwirtschaftlicher Unternehmen

Aufgabe A1.3. Feldforschung zu regionalen Bedürfnissen, Einstellungen und Perspektiven

Ergebnisbericht zur regionalen Bedarfsanalyse

Inhalt

Einführung.....	4
Zweck des Berichts	4
Überblick über das SECON-Projekt	5
1. Methodik	6
Methodik der Feldforschung	6
2. Ergebnisse aus den regionalen Online-Befragungen.....	9
Anzahl der Befragten & Zielgruppen	9
Ergebnisse.....	9
3. Ergebnisse aus den Fokusgruppen.....	18
Beteiligte Stakeholder	18
Zusammenfassungen der Diskussionen	19
4. Offizielle Bewertungen der derzeitigen politischen Maßnahmen.....	28
Überblick über die derzeitigen politischen Maßnahmen zur Unterstützung der Sozialwirtschaft in den einzelnen Regionen.....	28
Wichtigste Ergebnisse aus der Bewertung der Maßnahmen	30
5. Vergleichende Analyse zwischen den Regionen	33
Gemeinsame Themen und Ähnlichkeiten bei Bedürfnissen und Herausforderungen.....	33
Regionale Unterschiede	36
6. Empfehlungen.....	41
Strategien und Initiativen zur Überwindung festgestellter Hindernisse und zur Stärkung der begünstigenden Faktoren.....	41
Politische Empfehlungen	43
Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den einzelnen Stakeholdern	45
7. Fazit.....	47
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	47
Auswirkungen auf Politik und Praxis	49
Zukünftige Richtungen.....	50



Einführung

Zweck des Berichts

Der Zweck dieses länderübergreifenden Berichts besteht darin, die Ergebnisse der in verschiedenen SECON-Projektregionen durchgeführten regionalen Bedarfsanalysen zusammenzufassen. Diese Analysen zielen darauf ab, die spezifischen Bedürfnisse, Einstellungen und Perspektiven gegenüber der Sozialwirtschaft in jeder Region zu ermitteln. Durch die Konsolidierung dieser Erkenntnisse soll der Bericht Informationen für die Entwicklung von politischen Maßnahmen liefern, das interregionale Lernen verbessern und die Förderung von sozialwirtschaftlichen Initiativen in ganz Europa unterstützen.

Ziele der regionalen Bedarfsanalyse

Die regionale Bedarfsanalyse im Rahmen des SECON-Projekts verfolgt die nachstehend genannten Ziele:

- 1. Spezifische regionale Bedürfnisse bewerten:** Bewertung der besonderen Anforderungen und Herausforderungen, denen jede Region bei der Förderung und Unterstützung der Sozialwirtschaft gegenübersteht.
- 2. Informationen für die Entwicklung politischer Maßnahmen liefern:** Bereitstellung von evidenzbasierten Erkenntnissen, die als Grundlage für die Entwicklung und Verfeinerung von Maßnahmen zur Förderung der Sozialwirtschaft dienen sollen.
- 3. Interregionales Lernen unterstützen:** Erleichterung des Austauschs bewährter Verfahren und innovativer Ansätze zwischen den Regionen, um das kollektive Wissen und die Fähigkeiten zu verbessern.

4. **Zukünftige Initiativen fördern:** Ermittlung von Möglichkeiten für neue Initiativen und Strategien, die das Wachstum und die Nachhaltigkeit der Sozialwirtschaft in den teilnehmenden Regionen fördern können.

Überblick über das SECON-Projekt

Das SECON-Projekt, eine Initiative von Interreg Europe, zielt darauf ab, die regionale Politik zur Unterstützung sozialwirtschaftlicher Unternehmen (SES) in ganz Europa zu verbessern. Das Projekt ist eine Reaktion auf die zunehmende Bedeutung der Sozialwirtschaft bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und wirtschaftlicher Ungleichheiten. Durch die Einbindung der Bürger und die Förderung von inklusivem Wachstum kann die Sozialwirtschaft eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben, insbesondere in ländlichen Gebieten mit begrenztem Zugang zu Märkten und Ressourcen.

Die Kernziele des SECON-Projekts

- **Sensibilisierung für** und Erhöhung der Sichtbarkeit der Sozialwirtschaft.
- **Erleichterung des** Zugangs zu verantwortungsvollen öffentlichen Beschaffungs- und Finanzierungsinstrumenten.
- **Angebot** der Unternehmensunterstützung und Möglichkeiten zum Aufbau von Kapazitäten.
- **Optimierung** des Beitrags der Sozialwirtschaft zu grünen und digitalen Übergängen.
- **Impuls** für die regionale soziale Innovation.

Das Projekt bringt neun öffentliche Behörden aus neun Ländern sowie eine zivilgesellschaftliche Organisation zusammen, die gemeinsam daran arbeiten, die Sozialwirtschaft in ganz Europa zu stärken und als Modell für nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu dienen.

Weitere Einzelheiten finden Sie auf der Website

[SECON-Projektseite.](#)

1. Methodik

Methodik der Feldforschung

Die Feldforschungsmethodik für das SECON-Projekt ist darauf ausgelegt, durch Online-Befragungen und Fokusgruppen qualitative Daten zu sammeln. Diese Methoden zielen darauf ab, die regionalen Bedürfnisse, Einstellungen und Perspektiven gegenüber der Sozialwirtschaft zu bewerten und so eine solide Grundlage für die Entwicklung politischer Maßnahmen und interregionales Lernen zu schaffen.

Online-Befragung

Die Online-Befragung richtet sich an Stakeholder in den einzelnen Regionen, die im sozialwirtschaftlichen Sektor tätig sind oder diesen unterstützen. Die Befragung soll:

- Ein breites Spektrum von Perspektiven zur Sozialwirtschaft erfassen.
- Herausforderungen und potenzielle Initiativen identifizieren, die die Förderung der Sozialwirtschaft betreffen.
- Die aktuellen Einstellungen und die Wirksamkeit der vorhandenen politischen Maßnahmen verstehen helfen.
- Erkenntnisse über unerfüllte Bedürfnisse und Zukunftsperspektiven gewinnen.

Befragungsprozess:

1. **Gestaltung und Verteilung:** Die Befragung wird auf der Grundlage spezifischer regionaler Kontexte entworfen, und der Fragebogen wird per E-Mail an eine ausgewählte Liste von Stakeholdern verteilt.
2. **Datenerhebung:** Die Interessengruppen füllen den Fragebogen aus, was in der Regel etwa 20 Minuten dauert. Die Antworten werden anonym erfasst, um ein offenes Feedback zu gewährleisten.
3. **Datenaggregation:** Die gesammelten Daten werden für die Analyse anonymisiert und aggregiert, wobei die Vertraulichkeit der Teilnehmer gewahrt bleibt.

Inhalt der Befragung: Die Befragung umfasst Abschnitte zu den Informationen der Befragten, zum Verständnis und zur Einstellung gegenüber der Sozialwirtschaft, zu Herausforderungen und Initiativen zur Förderung sowie zu Bedürfnissen und Zukunftsperspektiven. Es wird eine Mischung aus Multiple-Choice-, Likert-Skala- und offenen Fragen verwendet, um detaillierte und differenzierte Antworten zu erhalten.

Fokusgruppen

Die Fokusgruppen werden während der Treffen der Stakeholdergruppen durchgeführt und bieten eine Plattform für eingehende qualitative Diskussionen über die Sozialwirtschaft. Die Fokusgruppensitzungen sind darauf ausgelegt:

- die Ergebnisse der Online-Umfrage die Ergebnisse der Online-Befragung zu ergänzen.
- die Nuancen der regionalen Bedürfnisse und Perspektiven zu vertiefen.
- einen offenen Dialog zwischen den verschiedenen Stakeholdern zu erleichtern.

Struktur der Fokusgruppen:

1. **Auswahl der Teilnehmer:** Es werden 6-8 Stakeholder, die verschiedene Rollen innerhalb der Sozialwirtschaft vertreten, zur Teilnahme eingeladen.
2. **Moderation der Sitzung:** Ein geschulter Moderator leitet die Diskussion und stellt sicher, dass sie von den Teilnehmern geführt wird und wichtige Themen wie Einstellungen, Hindernisse, begünstigende Faktoren und künftige Bedürfnisse behandelt werden.
3. **Dokumentation:** Die Diskussionen werden (mit Zustimmung) aufgezeichnet und durch Notizen des Moderators ergänzt, um alle Erkenntnisse genau zu erfassen.

Inhalt der Fokusgruppe: Die Fokusgruppensitzungen sind so strukturiert, dass sie die Definitionen der Teilnehmer zur Sozialwirtschaft, ihre Wahrnehmung der aktuellen Politik, Wachstumshemmnisse, begünstigende Faktoren und zukünftige Bedürfnisse untersuchen. Es werden Fragen vorgeschlagen, um die Diskussion zu leiten und sicherzustellen, dass alle wichtigen Bereiche abgedeckt werden.

Prozess der Datenerhebung

Der Prozess der Datenerhebung umfasst mehrere wichtige Schritte, um umfassende und zuverlässige Daten zu gewährleisten:

1. **Kartierung der Stakeholder:** Identifizierung und Kartierung der relevanten Stakeholder in jeder Region.
2. **Durchführung der Befragung und der Fokusgruppen:** Durchführung der Online-Befragung und der Fokusgruppensitzungen gemäß den Richtlinien.
3. **Datenzusammenstellung:** Zusammenstellung und Anonymisierung der Antworten aus der Befragung und der Fokusgruppensitzungen.
4. **Vorläufige Analyse:** Durchführung einer ersten Analyse, um die wichtigsten Themen und Erkenntnisse zu ermitteln.

Analyseansatz

Der Analyseansatz für das SECON-Projekt umfasst sowohl quantitative als auch qualitative Methoden, um ein ganzheitliches Verständnis der regionalen Bedürfnisse und Perspektiven der Sozialwirtschaft zu ermöglichen:

1. **Quantitative Analyse:** Statistische Analyse von Befragungsdaten zur Ermittlung von Mustern, Trends und signifikanten Ergebnissen.
2. **Qualitative Analyse:** Thematische Analyse von Fokusgruppendifkussionen, um tiefere Einblicke in die Einstellungen und Erfahrungen der Stakeholder zu gewinnen.
3. **Synthese der Ergebnisse:** Integration von quantitativen und qualitativen Ergebnissen zur Erstellung eines umfassenden regionalen Profils.
4. **Berichterstattung:** Erstellung von Regionalberichten auf der Grundlage der zusammengefassten Daten, in denen die wichtigsten Ergebnisse, Empfehlungen und potenziellen Auswirkungen auf die Politik hervorgehoben werden.

2. Ergebnisse aus den regionalen Online-Befragungen

Anzahl der Befragten & Zielgruppen

Insgesamt haben in allen SECON-Regionen verschiedene Arten von Stakeholdern an der Online-Befragung teilgenommen. Die Verteilung der Befragten umfasst Sozialunternehmer, politische Entscheidungsträger, Vertreter von Unterstützungsorganisationen und andere wichtige Stakeholder der Sozialwirtschaft.

Gesamtanzahl der Befragten: Insgesamt haben rund **181 Befragte** in allen Regionen teilgenommen (27 Befragte, DE; 18 Befragte, BG; 20 Befragte, LV; 22 Befragte, PL; 37 Befragte, PT; 13 Befragte, ES; 22 Befragte, EL; 22 Befragte, RO)

Beteiligte Stakeholdergruppen:

- **Soziale Unternehmer/Vertreter sozialer Unternehmen:** Diese Stakeholder repräsentieren einen wesentlichen Anteil der direkt an Sozialunternehmen beteiligten Personen.
- **Politische Entscheidungsträger:** Stakeholder, die an der Gestaltung und Beeinflussung der Politik im Bereich der Sozialwirtschaft beteiligt sind.
- **Unterstützende Organisationen:** Organisationen, die Sozialunternehmen unterstützen und damit die Rolle von Vermittlern in der Sozialwirtschaft hervorheben.
- **Einzelpersonen mit Interesse an der Sozialwirtschaft:** Einzelne Befragte, die ein allgemeines Interesse an der Sozialwirtschaft bekundeten, aber nicht zu den anderen vordefinierten Kategorien gehören.

Ergebnisse

Verständnis der Sozialwirtschaft und Einstellungen dazu

Dieser Abschnitt enthält eine Analyse des Verständnisses und der Wahrnehmung der Sozialwirtschaft durch die Befragten in den verschiedenen SECON-Projektregionen. Die Ergebnisse stammen aus den Antworten auf die Fragen, wie die Teilnehmer die Sozialwirtschaft definieren, wie sie deren Rolle in der regionalen Entwicklung verstehen und wie sie die aktuellen politischen Maßnahmen zur Unterstützung dieses Sektors bewerten. Darüber hinaus befasst sich dieser Abschnitt mit den Ansichten der Befragten über die potenzielle Wirkung der Sozialwirtschaft auf ihre Regionen, die Wirksamkeit der derzeitigen Maßnahmen und die wichtigsten Informationsquellen, auf die sie sich stützen, um sich über sozialwirtschaftliche Initiativen auf dem neuesten Stand zu halten. Anhand dieser Erkenntnisse werden in diesem

Kapitel sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die regionalen Unterschiede in der Art und Weise, wie die Sozialwirtschaft wahrgenommen und unterstützt wird, herausgearbeitet.

Definition der Sozialwirtschaft und ihrer Rolle in der regionalen Entwicklung

Die Befragten aus verschiedenen Regionen gaben an, wie sie Sozialwirtschaft definieren. Allgemein wurde die Sozialwirtschaft als ein inklusiver und vielseitiger Sektor beschrieben, der verschiedene Arten von Organisationen umfasst, darunter Genossenschaften, Nichtregierungsorganisationen (NRO), Sozialunternehmen und Verbände. Die Befragten betonten die doppelte Ausrichtung auf soziale Wirkung und wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Bei den Schlüsseldefinitionen in den verschiedenen Regionen wurden mehrere wiederkehrende Themen hervorgehoben:

- **Wirtschaftliche und soziale Inklusion:** Die Befragten betonten durchweg die Rolle der Sozialwirtschaft bei der Förderung der sozialen Inklusion benachteiligter Gruppen und beim Beitrag zum regionalen Wohlstand.
- **Unternehmerische Innovation:** Soziale Unternehmen wurden als treibende Kraft für innovative Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen gesehen, da sie Geschäftsmodelle mit sozialen Zielen verbinden.
- **Genossenschaften und kooperative Modelle:** In vielen Regionen, vor allem in ländlichen Gebieten wie Spanien und Portugal, wird auf Genossenschaften als wichtige Akteure bei der Unterstützung der Gemeinschaftsentwicklung hin, insbesondere in Sektoren wie der Landwirtschaft und lokalen Dienstleistungen.

Verständnis der Wirkung der Sozialwirtschaft auf die regionale Entwicklung

Auf die Frage, wie sie die Wirkung der Sozialwirtschaft auf die regionale Entwicklung einschätzen, gaben die Befragten in allen Regionen mehrheitlich an, ein mittleres bis hohes Verständnis davon zu haben. In Deutschland und Polen bewerteten die Befragten ihr Verständnis größtenteils als „hoch“ bzw. „sehr hoch“. In Griechenland zeigten die Befragten mit ihrer Einschätzung eine ausgewogene Verteilung zwischen hoch und niedrig. Im Gegensatz berichteten die Befragten in Rumänien in ihrer Selbsteinschätzung über ein geringeres Maß an Verständnis, wobei lediglich einige wenige Befragte angaben, über ein hohes Wissen zu verfügen.

Diese Diskrepanz im Verständnis lässt darauf schließen, dass die verschiedenen Regionen in unterschiedlichem Maße mit sozialwirtschaftlichen Praktiken und Maßnahmen in Berührung gekommen sind. Trotz der unterschiedlichen Selbsteinschätzung ihrer Kenntnisse erkannten die Befragten in allen Regionen die entscheidende Rolle der Sozialwirtschaft bei der Förderung einer

nachhaltigen Entwicklung, der Verringerung von Ungleichheiten und der Unterstützung marginalisierter Gemeinschaften an.

Wahrgenommene potenzielle Wirkung der Sozialwirtschaft

Was die potenzielle Wirkung der Sozialwirtschaft auf die regionale Entwicklung betrifft, so sprachen sich die Befragten nachdrücklich für ihre Rolle als wichtigen Treiber für positive Veränderungen aus. In Lettland und Griechenland stuften rund 70 % der Teilnehmer die potenzielle Wirkung als „hoch“ bzw. „sehr hoch“ ein, was die weit verbreitete Überzeugung widerspiegelt, dass die Sozialwirtschaft in der Lage ist, dringende regionale Herausforderungen zu bewältigen. Auch in Spanien und Polen halten mehr als 50 % der Befragten die Wirkung der Sozialwirtschaft für erheblich, insbesondere bei der Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen und des sozialen Zusammenhalts in ländlichen und wirtschaftlich marginalisierten Gebieten.

In Bulgarien und Rumänien hingegen stufte ein erheblicher Teil der Befragten die potenzielle Wirkung als „mittelmäßig“ ein, was darauf hindeutet, dass ein höheres Bewusstsein und stärkere politische Rahmenwerke erforderlich sind, um das Potenzial der Sozialwirtschaft voll auszuschöpfen.

Unterstützung für bestehende politische Maßnahmen zur Sozialwirtschaft

In der Befragung wurde auch untersucht, inwieweit die Teilnehmer die bestehenden politischen Maßnahmen zur Sozialwirtschaft unterstützen. Die Unterstützung ist in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich ausgeprägt. In Deutschland und Portugal äußerten die Befragten ein hohes Maß an Unterstützung, insbesondere für Initiativen wie Netzwerke sozialer Unternehmen und regionale Kooperationsprogramme. Im Gegensatz dazu gaben viele Teilnehmer in Rumänien und Bulgarien an, dass die bestehenden politischen Maßnahmen nicht ausreichend wirksam seien, und nannten Probleme wie begrenzte staatliche Unterstützung, bürokratische Hürden und unzureichende finanzielle Anreize.

Wirksamkeit der derzeitigen politischen Maßnahmen

Auch die Wirksamkeit der derzeitigen sozialwirtschaftlichen Maßnahmen wird in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich wahrgenommen. In Portugal und Spanien wurden die politischen Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung der Sozialwirtschaft, insbesondere von Genossenschaftsmodellen, von der Mehrheit der Befragten als relativ wirksam eingestuft. In Rumänien und Lettland äußerten sich jedoch viele Befragte besorgt über die bürokratische Komplexität der bestehenden Maßnahmen, die ihrer Meinung nach das Wachstum von Sozialunternehmen behindere. Besonders kritisch äußerten sich die Befragten aus ländlichen Regionen, die anmerkten, die politischen Maßnahmen seien oft nicht flexibel genug, um auf lokale Bedürfnisse und Herausforderungen einzugehen.

Informationsquellen für sozialwirtschaftliche Initiativen

Die Befragten nannten mehrere wichtige Informationsquellen über sozialwirtschaftliche Initiativen in ihren Regionen. In den meisten Regionen waren Veröffentlichungen der lokalen Behörden, sozialwirtschaftliche Netzwerke und Konferenzen die am häufigsten zitierten Quellen. So gaben beispielsweise in Bulgarien mehr als 75 % der Befragten an, dass sie sich auf staatliche Webseiten und Veröffentlichungen verlassen, während Online-Foren und soziale Medien ebenfalls beliebt sind, insbesondere in Lettland und Griechenland.

Wahrgenommene Wachstumshemmnisse

In allen SECON-Projektregionen wiesen die Befragten durchweg auf mehrere Hindernisse für das Wachstum von sozialwirtschaftlichen Unternehmen hin, wobei bestimmte Herausforderungen in allen Regionen gleich sind.

Der Mangel an **ausreichender Unterstützung und Ressourcen** war in den meisten Regionen ein großes Problem. In Griechenland gaben 100 % und in Deutschland 95 % der Befragten an, dass SES keine angemessene Unterstützung erhalten. Auch in Lettland waren 85 % der Teilnehmer der Meinung, dass die Unterstützung und die Ressourcen unzureichend sind, ein Gefühl, das von 86 % der Befragten in Polen und Rumänien geteilt wird. Diese Ergebnisse spiegeln eine allgemeine Wahrnehmung wider, dass es in allen SECON-Regionen an einer ausreichenden systemischen Unterstützung für den Sektor mangelt.

Der Zugang zu Finanzmitteln wurde häufig als eines der größten Hindernisse angeführt. In Bulgarien nannten 67 % der Befragten den Zugang zu Finanzmitteln als ein zentrales Problem, ähnliche Bedenken äußerten 65 % der Befragten in Lettland, 55 % in Spanien und 68 % in Griechenland, wo Finanzierung und Investitionen als kritische Hindernisse genannt wurden. Auch in Portugal und Belgien wird der Zugang zu Finanzmitteln als ein wesentliches Problem angesehen, das die Fähigkeit von Unternehmen zur Skalierung und Entwicklung einschränkt.

Regulatorische und rechtliche Herausforderungen waren ein weiteres gemeinsames Thema in den Regionen. In Belgien nannten die Befragten strenge rechtliche Rahmenbedingungen als Haupthindernis, während in Rumänien die Komplexität der Vorschriften als Hemmnis für Wachstum und Innovation angesehen wird. In ähnlicher Weise nannten 62 % der bulgarischen und 35 % der lettischen Befragten rechtliche und regulatorische Schwierigkeiten als Haupthindernisse. In Griechenland wiesen 54 % der Befragten auch auf veraltete Vorschriften hin, die das Expansionspotenzial des Sektors behindern.

Mangelndes Bewusstsein und Verständnis in der Öffentlichkeit wird ebenfalls als ein weit verbreitetes Problem angesehen, das die Sichtbarkeit und Unterstützung des Sektors beeinträchtigt. In Spanien vertreten 55 % der Befragten die Ansicht, dass das Wissen der Allgemeinheit über die Sozialwirtschaft unzureichend ist, während in Griechenland 40 %, in

Bulgarien 50 % und in Lettland 70 % der Befragten das mangelnde Bewusstsein als große Herausforderung bezeichnen. Dieses Gefühl spiegelte sich in allen Regionen wider, wobei die Befragten in Rumänien und Polen auch auf die Notwendigkeit einer besseren Öffentlichkeitsarbeit hinweisen.

Zu den weiteren bedeutenden Hindernissen, die in allen Regionen genannt wurden, gehören die Herausforderungen bei der **Ausweitung der Geschäftstätigkeit**, die von den Befragten in Spanien, Lettland und Polen angeführt werden, sowie der **begrenzte Zugang zu den Märkten**, insbesondere in Belgien und Spanien, wo es als schwierig angesehen wird, potenzielle Kunden zu erreichen oder in neue Märkte zu expandieren. **Ein Mangel an Führung** wurde in Belgien, Griechenland und Rumänien festgestellt, wo die Befragten die Notwendigkeit einer stärkeren, besser koordinierten Führung innerhalb des sozialwirtschaftlichen Sektors betonen, um Wachstum und Innovation voranzutreiben.

Begünstigende Faktoren

In allen SECON-Projektregionen haben sich mehrere Schlüsselfaktoren als entscheidend für die Förderung des Wachstums und der Nachhaltigkeit von SES erwiesen. Auch wenn diese Faktoren in den einzelnen Regionen unterschiedlich stark ausgeprägt sind, gibt es doch gemeinsame Themen wie **Zugang zu Finanzmitteln, starke Netzwerke und Partnerschaften, unterstützende rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen sowie Schulungs- und Kapazitätsaufbauprogramme**.

Der Zugang zu Finanzmitteln und Investitionen wurde in vielen Regionen als entscheidender Faktor hervorgehoben. In Bulgarien gaben 55 % der Befragten an, dass der Zugang zu Finanzmitteln ein Schlüsselfaktor für die Förderung der Sozialwirtschaft sei, eine Einschätzung, die auch in Rumänien, Lettland und Polen geteilt wird. Die Befragten in diesen Regionen betonten, dass finanzielle Mittel notwendig sind, um die Gründungs- und Wachstumsphase von Sozialunternehmen zu unterstützen und die für die langfristige Nachhaltigkeit erforderliche Stabilität zu gewährleisten. In Spanien wurde die finanzielle Unterstützung ebenfalls als notwendig erachtet, wenngleich sie in vielen Fällen als unzureichend empfunden wird.

Die **Rolle starker Netzwerke und Partnerschaften** repräsentiert ein weiteres wiederkehrendes Thema. In Deutschland wiesen mehr als 50 % der Befragten auf die Bedeutung von Netzwerken wie dem Zentrum für offene soziale Innovation (S-Hub Mannheim) und anderen Hochschulinitiativen zur Unterstützung der Sozialwirtschaft hin. Auch in Lettland und Polen vertraten die Befragten die Ansicht, dass starke Partnerschaften zwischen SES, staatlichen Stellen und anderen Stakeholdern für die Erleichterung der Zusammenarbeit, die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und die gegenseitige Unterstützung von entscheidender Bedeutung sind. Diese Ansicht wird auch in Belgien geteilt, wo Partnerschaften als wesentlich für die

Bewältigung von Herausforderungen im Zusammenhang mit Finanzierungs- und Regulierungsfragen angesehen werden.

Unterstützende rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen werden in mehreren Regionen als begünstigende Faktoren für das Wachstum der Sozialwirtschaft genannt, wenngleich ihre Wirksamkeit in den einzelnen Ländern unterschiedlich eingeschätzt wird. In Bulgarien und Lettland wird das rechtliche und ordnungspolitische Umfeld als allgemein unterstützend angesehen, was zur Förderung von SES beiträgt. In Polen stellten die Befragten fest, dass der Regulierungsrahmen den Sektor entscheidend unterstützt, insbesondere in den Bereichen öffentliche Beschaffung und finanzielle Anreize. In Regionen wie Portugal und Griechenland war die Wirksamkeit des rechtlichen Rahmens jedoch umstrittener, da einige Befragte der Meinung sind, dass weitere Reformen erforderlich seien, um den bürokratischen Aufwand zu verringern und die Vorschriften für Sozialunternehmen günstiger zu gestalten.

Schulungs- und Kapazitätsaufbauprogramme wurden in Regionen wie Rumänien, Lettland und Bulgarien als wesentlich hervorgehoben. Die Befragten in diesen Bereichen wiesen auf die Bedeutung von Bildungsinitiativen hin, die die Fähigkeiten und das Wissen von Sozialunternehmern ausbauen, und sie so befähigen, die Herausforderungen der Gründung und des Wachstums eines Sozialunternehmens besser zu bewältigen. Diese Programme tragen auch dazu bei, das Bewusstsein für die Sozialwirtschaft zu sensibilisieren und sie für neue Teilnehmer zugänglicher zu machen. In Griechenland wurden Ausbildung und Kapazitätsaufbau ebenfalls als entscheidend angesehen, insbesondere für die Ausweitung des Sektors und die Verbesserung seiner Sichtbarkeit sowohl bei den Unternehmern als auch in der Öffentlichkeit.

Schließlich wurden in mehreren Regionen **die öffentliche Wahrnehmung und Unterstützung** als begünstigende Faktoren identifiziert. In Lettland, Rumänien und Belgien merkten die Befragten an, dass die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Sozialwirtschaft dazu beiträgt, ein förderliches Umfeld für Sozialunternehmen zu schaffen. Dazu gehört nicht nur die öffentliche Wahrnehmung, sondern auch das Engagement lokaler Gemeinschaften, Unternehmen und staatlicher Stellen bei der Unterstützung sozialwirtschaftlicher Initiativen. Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit wurden besonders in Bulgarien und Spanien hervorgehoben, wo sie dazu beigetragen haben, die Sichtbarkeit des Sektors zu erhöhen und die Unterstützung der Gemeinschaft zu fördern.

Unerfüllte Bedürfnisse und Zukunftsperspektiven

Die Ergebnisse der Befragung geben einen umfassenden Überblick über den ungedeckten Bedarf und die Zukunftsperspektiven für die Sozialwirtschaft in den SECON-Projektregionen. Auch wenn es in den Bereichen Bildung, gesellschaftliches Engagement und politische Unterstützung klare Herausforderungen gibt, lässt der von den Befragten geäußerte

Optimismus darauf schließen, dass die Sozialwirtschaft mit den richtigen Maßnahmen das Potenzial hat, eine transformative Rolle in der regionalen Entwicklung zu spielen.

- Unerfüllte Bedürfnisse bei der Förderung und Ausbildung in der Sozialwirtschaft

In allen SECON-Projektregionen kristallisierte sich aus den Befragungsergebnissen ein klares und durchgängiges Thema heraus: ein erheblicher ungedeckter Bedarf an mehr Förderung sowie mehr Aufklärung über die Sozialwirtschaft. Eine große Mehrheit der Befragten in allen Regionen, insbesondere in Spanien, Bulgarien und Rumänien, wies auf ein mangelndes Bewusstsein und Verständnis für die Sozialwirtschaft als Hindernis für deren Entwicklung hin. In Spanien beispielsweise betonten über 65 % der Befragten, wie wichtig es sei, sozialwirtschaftliche Konzepte in die Bildungsprogramme zu integrieren, und zwar von der Primärstufe bis zur Hochschul- und Berufsausbildung. Die Befragten aus Bulgarien stimmten dieser Meinung zu und betonten die Notwendigkeit einer professionellen Ausbildung und der Schaffung von Netzwerken, um den Wissensaustausch und die Zusammenarbeit innerhalb des Sektors zu erleichtern.

Diese weit verbreitete Erkenntnis, dass Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen notwendig sind, wurde von den Befragten aus Belgien und Deutschland weiter bekräftigt, die dazu aufriefen, die Fragmentierung zwischen verschiedenen sozialwirtschaftlichen Initiativen durch einheitlichere Kommunikations- und Konsultationsprozesse zu verringern. Auch in Lettland wurde ein Mangel an zugänglichen Informationen als zentrale Herausforderung genannt, wobei viele Teilnehmer vorschlugen, dass eine direktere Kommunikation durch sozialwirtschaftliche Netzwerke und Verbände das öffentliche Verständnis und Engagement verbessern könnte.

- Notwendigkeit eines stärkeren Engagements der Gemeinschaft

Die Ergebnisse der Befragung belegen ebenfalls einen starken Konsens darüber, wie wichtig es ist, lokale Gemeinschaften in die Entwicklung der Sozialwirtschaft einzubeziehen. In Rumänien äußerten fast alle Befragten die Ansicht, dass die lokale Gemeinschaft eine aktivere Rolle bei der Gestaltung der Zukunft der Sozialwirtschaft spielen sollte. Ähnlich äußerten sich die Teilnehmer in Griechenland und Deutschland, wo die Befragten den Wert hervorhoben, der lokalem Wissen und von der Gemeinschaft getragenen Initiativen bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zukommt.

Eine besonders bemerkenswerte Erkenntnis aus Spanien war die Forderung nach Initiativen, die die Sozialwirtschaft stärker in die Regionalpolitik einbeziehen, einschließlich der Entwicklung des ländlichen Raums, des öffentlichen Beschaffungswesens und der Unterstützung für Sozialunternehmen. Die Befragten wiesen auf die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der Gemeinschaft an der Gestaltung und Umsetzung politischer Maßnahmen hin, was dazu

beitragen würde, die Aktivitäten der Sozialwirtschaft mit den lokalen Bedürfnissen und Prioritäten in Einklang zu bringen.

- Verbesserungen in der Politik und künftige Maßnahmen

Auf die Frage, wie die bestehenden politischen Maßnahmen verbessert werden könnten, um die Sozialwirtschaft besser zu fördern, wiesen die Teilnehmer aus allen Regionen durchgängig auf die Notwendigkeit von stärker unterstützenden rechtlichen Rahmenwerken hin. In Polen und Belgien forderten viele Teilnehmer eine Vereinfachung der rechtlichen und bürokratischen Verfahren, um die Eintrittsbarrieren für sozialwirtschaftliche Unternehmen zu verringern. Die Befragten aus Deutschland und Rumänien teilten diese Bedenken und sprachen sich für klarere Leitlinien und flexiblere Finanzierungsmechanismen aus, die den Zugang von Sozialunternehmen zu Ressourcen und Unterstützung erleichtern würden.

Die Teilnehmer aus Spanien und Griechenland betonten, wie wichtig es ist, neben Änderungen der Rechtsvorschriften auch finanzielle Anreize wie Zuschüsse, Vorzugsdarlehen und Steuervergünstigungen zu schaffen, die speziell auf die Bedürfnisse von Sozialunternehmen zugeschnitten sind. Diese Befragten argumentieren, dass der derzeitige Mangel an gezielter finanzieller Unterstützung ein großes Hindernis für das Wachstum der Sozialwirtschaft darstellt, insbesondere in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten.

Mehrere Regionen wiesen auch auf die Notwendigkeit einer stärkeren Vernetzung und Möglichkeiten für Partnerschaften hin. In Belgien beispielsweise forderten die Befragten eine stärker formalisierte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren der Sozialwirtschaft, einschließlich Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Stellen. Diese Betonung der Zusammenarbeit wurde von den Teilnehmern aus Lettland aufgegriffen, die auf die Bedeutung des Erfahrungsaustauschs, des kollegialen Lernens und der Initiativen zum Kapazitätsaufbau als wesentliche Bestandteile eines florierenden Ökosystems der Sozialwirtschaft hinwiesen.

- Optimismus hinsichtlich des zukünftigen Wachstums der Sozialwirtschaft

Trotz der Herausforderungen, die in Bezug auf den ungedeckten Bedarf und die Lücken in der politischen Gestaltung festgestellt wurden, äußerten sich die Befragten in allen Regionen allgemein optimistisch in Bezug auf das künftige Wachstum der Sozialwirtschaft. Auf einer Skala von 1 bis 5, wobei 5 am optimistischsten ist, bewertete die Mehrheit der Befragten in Spanien und Deutschland ihren Optimismus zwischen 3 und 5. Auch die Teilnehmer aus Griechenland und Rumänien zeigten sich moderat optimistisch, wobei die meisten Befragten ihre Aussichten mit 3 oder 4 bewerteten.

Auch wenn der Optimismus in den einzelnen Regionen unterschiedlich stark ausgeprägt war und einige Teilnehmer vorsichtigere oder neutrale Ansichten zum Ausdruck brachten, ist die

allgemeine Stimmung dennoch von vorsichtigem Optimismus geprägt. Dies deutet darauf hin, dass die Stakeholder trotz der nach wie vor bestehenden signifikanten Herausforderungen fest an das Potenzial der Sozialwirtschaft glauben, zu wachsen und eine zentralere Rolle in der regionalen Entwicklung einzunehmen.

- Zusätzliche Vorschläge und Kommentare

In der letzten offenen Frage machten mehrere Befragte weitere Vorschläge zur Förderung der Entwicklung der Sozialwirtschaft. Ein immer wiederkehrendes Thema in allen Regionen ist die Notwendigkeit, die Beiträge des Sektors zum sozialen und wirtschaftlichen Wohlergehen besser sichtbar zu machen und anzuerkennen. In Spanien und Belgien forderten die Befragten öffentliche Kampagnen, um das Bewusstsein für die Vorteile der Sozialwirtschaft zu sensibilisieren, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo der Sektor weniger bekannt ist. Auch in Griechenland, Spanien und Rumänien schlugen die Teilnehmer vor, dass Bildungsinitiativen und Workshops dazu beitragen könnten, Missverständnisse über die Sozialwirtschaft auszuräumen und eine breitere Beteiligung zu fördern.

Darüber hinaus betonten die Befragten aus Spanien, wie wichtig es sei, ein unterstützendes politisches Umfeld zu schaffen, einschließlich der Einrichtung spezieller Beobachtungsstellen für die Sozialwirtschaft, um die Wirkung von Maßnahmen und Initiativen zu überwachen und zu bewerten. Diese Beobachtungsstellen würden dazu beitragen, dass künftige politische Maßnahmen evidenzbasiert sind und auf die sich entwickelnden Bedürfnisse von Sozialunternehmen und Gemeinschaften eingehen.

Nicht zuletzt schlugen die Befragten aus Polen Konsultationsprozesse vor, die lokale Gemeinschaften und Vertreter der Sozialwirtschaft einbeziehen, sowie die Entwicklung von Kooperationsstrategien, die auf die Bedürfnisse von Menschen eingehen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, um die Wirksamkeit sozialwirtschaftlicher Aktivitäten zu erhöhen.

3. Ergebnisse aus den Fokusgruppen

Beteiligte Stakeholder

An den Fokusgruppen, die in allen SECON-Projektregionen durchgeführt wurden, nahmen verschiedene Stakeholder teil, die unterschiedliche Sektoren der Sozialwirtschaft repräsentieren.

Region Peloponnes, Griechenland	Die in der Region Peloponnes durchgeführte Fokusgruppe umfasste elf verschiedene Stakeholder aus unterschiedlichen Bereichen der Sozialwirtschaft. Diese Teilnehmer vertraten verschiedene Organisationen, darunter Genossenschaften, Kultureinrichtungen, Sozialdienste und Umweltschutzinitiativen.
Planungsregion Riga, Lettland	Zu den Teilnehmern gehörten Vertreter von Sozialunternehmen, ein Gemeindevertreter, ein Vertreter des lettischen Verbandes für soziales Unternehmertum und Vertreter regionaler Einrichtungen, insgesamt zwölf Teilnehmer.
Stadt Haskovo, Bulgarien	Die Stakeholder setzten sich aus SECON-Projektbeteiligten und den für die Projektdurchführung zuständigen Mitarbeitern zusammen, insgesamt sieben Teilnehmer.
Extremadura, Spanien	An den Fokusgruppen nahmen Vertreter von sozialwirtschaftlichen Einrichtungen, der öffentlichen Verwaltung und von NROs teil, insgesamt zehn Personen.
Rhein-Neckar, Deutschland	Zu den Teilnehmern gehörten Vertreter von Sozialunternehmen, regionalen Institutionen und politischen Entscheidungsträgern, insgesamt elf Teilnehmer.
Region Mazowieckie, Polen	Bei den Stakeholdern handelte es sich um Vertreter von sozialwirtschaftlichen Einrichtungen, NROs und lokalen Behörden. An der Sitzung nahmen acht Personen teil.
Provinz Flämisch-Brabant, Belgien	Zu den Teilnehmern gehörten Vertreter von Sozialunternehmen, regionalen Institutionen und NROs, insgesamt acht Personen.
Oliveira do Hospital, Portugal	An den Fokusgruppen nahmen Vertreter von Sozialunternehmen, Gemeinschaftsorganisationen und lokalen Behörden teil, insgesamt zehn Personen.
Bezirk Harghita, Rumänien	Zu den Teilnehmern gehörten neun Vertreter von sieben Organisationen, die im sozialwirtschaftlichen Sektor des Landkreises tätig sind, darunter Leiter von Sozialunternehmen, lokale Regierungsbeamte und Vertreter von NROs. Diese Stakeholder repräsentieren ein breites Spektrum der Sozialwirtschaft, wodurch

sichergestellt wurde, dass unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen in die Diskussionen einfließen können.

Zusammenfassungen der Diskussionen

Verständnis und Einstellungen

In allen Regionen haben die Teilnehmer eine positive Einstellung zur Sozialwirtschaft und erkennen ihr Potenzial zur Bewältigung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen an. Zu den gemeinsamen Themen gehören die Notwendigkeit einer stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit, eines besseren Rechtsrahmens und einer stärkeren finanziellen Unterstützung. Von allen Beteiligten wird die Bedeutung von Kooperationsnetzwerken, Bildungsinitiativen und unterstützenden Maßnahmen zur Förderung des Wachstums der Sozialwirtschaft betont. Die regionalen Unterschiede machen jedoch die spezifischen Herausforderungen und begünstigenden Faktoren deutlich, die für jeden Kontext einzigartig sind. Die Teilnehmer in Oliveira do Hospital (PT) erkennen das Potenzial der Sozialwirtschaft für die Entwicklung der Gemeinschaft an. Der Schwerpunkt liegt auf der Rolle des Sektors bei der Förderung der sozialen Inklusion und der Bewältigung lokaler Herausforderungen. Der Zugang zu Finanzmitteln und regulatorische Herausforderungen sind erhebliche Hindernisse. Die Teilnehmer betonen die Bedeutung starker Gemeinschaftsnetzwerke, unterstützender politischer Maßnahmen und Bildungsprogramme. Es wird eine stärkere finanzielle Unterstützung und ein besserer Rechtsrahmen gefordert, um das Wachstum des Sektors zu fördern. Die Teilnehmer in der Planungsregion Riga (LV) sehen soziales Unternehmertum als eine missionsorientierte Initiative, die sich auf den öffentlichen Nutzen, die Förderung wichtiger Werte und die Unterstützung gefährdeter Gruppen konzentriert. Sie betonen, dass soziale Unternehmen sich der regulatorischen Rahmenbedingungen und Unterstützungsmöglichkeiten bewusst sein müssen. Die Teilnehmer betonen auch die Notwendigkeit, dass sich die Einstellung dahingehend ändern müsse, Sozialunternehmen nicht als Wohltätigkeitsorganisationen, sondern vielmehr als Investitionen zur Lösung sozialer Probleme zu betrachten. Dieser Wandel ist von entscheidender Bedeutung, um die Unterstützung des öffentlichen Sektors zu fördern und eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten.

Auf dem Peloponnes (EL) wird die Sozialwirtschaft als wichtiger Motor der regionalen Entwicklung angesehen, der den Zusammenhalt der Gemeinschaft fördert, lokale Unternehmen unterstützt und soziale Herausforderungen angeht. Initiativen wie die gemeinschaftsgestützte Landwirtschaft und Umweltprojekte haben eine wesentliche Rolle bei der Verbesserung der lokalen Nachhaltigkeit und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit gespielt. Es besteht jedoch ein Konsens darüber, dass es einer Änderung in der Politik bedarf, um die Wirksamkeit dieser Initiativen zu erhöhen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, wie wichtig eine stärkere

finanzielle Unterstützung und die Schaffung günstigerer Bedingungen für das Gedeihen von Sozialunternehmen sind, insbesondere durch direkte Anreize und gezielte Programme. Im Bezirk Harghita (RO) waren sich die Beteiligten über die Herausforderungen einig, mit denen Sozialunternehmen konfrontiert sind, insbesondere über die rechtlichen und bürokratischen Hürden, die ihnen die nationale Gesetzgebung auferlegt. Die Teilnehmer erkannten zwar das Potenzial der Sozialwirtschaft an, zur regionalen Entwicklung beizutragen, betonten jedoch, dass das derzeitige politische Umfeld nicht ausreichend förderlich ist. Das Verständnis der Stakeholder von der Sozialwirtschaft war unterschiedlich ausgeprägt: Einige Teilnehmer betrachten sie im engeren Sinne als Beschäftigungsmöglichkeit für benachteiligte Gruppen, während andere eine umfassendere Rolle bei der Förderung der Gemeinschaftsentwicklung und der sozialen Inklusion sehen. Trotz dieser Unterschiede herrschte Einigkeit darüber, dass das Potenzial der Sozialwirtschaft im Bezirk Harghita noch nicht voll ausgeschöpft wird.

Darüber hinaus wird die Sozialwirtschaft in der Extremadura (ES) wegen ihres Potenzials zur Bewältigung regionaler Herausforderungen wie Abwanderung der Bevölkerung und Arbeitslosigkeit sehr geschätzt. Die Teilnehmer betonten die Bedeutung des Genossenschaftsmodells, insbesondere im Agrar- und Ernährungssektor, sowie seine Rolle bei der Förderung der regionalen Entwicklung. Die Sozialwirtschaft wird als wesentlich für die Förderung von inklusivem Wachstum und sozialer Gerechtigkeit angesehen. Die Teilnehmer betonten auch die Notwendigkeit einer besseren Anerkennung und Unterstützung durch öffentliche Einrichtungen sowie finanzieller Anreize zur Förderung der Entwicklung des Sektors. Die Teilnehmer in der Region Rhein-Neckar (DE) sehen die Sozialwirtschaft positiv und erkennen ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung an. Der Schwerpunkt liegt auf der Rolle des Sektors bei der Förderung der sozialen Inklusion und der Bewältigung von ökologischen Herausforderungen. Die Teilnehmer weisen jedoch auf erhebliche bürokratische Hürden und die Notwendigkeit einer stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie einer stärkeren Unterstützung hin. Sie fordern eine Straffung der Verwaltungsverfahren und verbesserte Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Sozialunternehmen.

In der Region Mazowieckie (PL) gibt es ein unterschiedliches Verständnis der Sozialwirtschaft, wobei einige sie in einem weiteren Sinne sehen, während andere sich auf soziales Unternehmertum konzentrieren. Die Teilnehmer betonten die Vorteile der Sozialwirtschaft für die Gemeinschaft und ihre Rolle bei der Erfüllung lokaler Bedürfnisse. Allerdings stellen regulatorische Herausforderungen und begrenzte finanzielle Mittel erhebliche Hindernisse dar. Es wird ein kohärenter politischer Rahmen und eine bessere Koordinierung zwischen den Beteiligten gefordert, um das Wachstum des Sektors zu fördern. In der Gemeinde Haskovo (BG) wird anerkannt, dass die Wirkung der Sozialwirtschaft auf die regionale Entwicklung nur mäßig verstanden wird. Die Teilnehmer erkennen jedoch ihre Bedeutung für ein nachhaltiges regionales Wachstum an. Die Fokusgruppe stellte einen erheblichen Mangel an

Sozialunternehmen in der Gemeinde fest und betonte die Notwendigkeit, sozialwirtschaftliche Initiativen in kleineren Gemeinschaften zu entwickeln. Sie wiesen auch auf die Notwendigkeit von Bildungs- und Förderungsmaßnahmen zur Sensibilisierung von Kindern, Studenten und politischen Entscheidungsträgern hin.

In der Provinz Flämisch-Brabant (BE) schließlich wird die Sozialwirtschaft als entscheidend für ein inklusives Wachstum angesehen. Die Teilnehmer betonen die Rolle des Sektors bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts und der wirtschaftlichen Entwicklung. Finanzielle Zwänge und bürokratische Hürden werden als wesentliche Hindernisse genannt. Hervorgehoben wird die Bedeutung von Kooperationsnetzwerken und unterstützenden lokalen Maßnahmen. Die Teilnehmer fordern bessere Finanzierungsmechanismen und verstärkte öffentlich-private Partnerschaften zur Unterstützung sozialer Unternehmen.

Hindernisse für das Wachstum

In der Region Rhein-Neckar (DE) wurden erhebliche administrative Herausforderungen bei der Gründung und Führung von Sozialunternehmen festgestellt. Die Teilnehmer wiesen auch auf den Mangel an angemessenen Finanzierungsmöglichkeiten und das unzureichende öffentliche Verständnis und die Anerkennung der Rolle und des Nutzens von Sozialunternehmen hin. In der Region Mazowieckie (PL) wurden komplexe rechtliche Rahmenbedingungen und das Fehlen kohärenter politischer Maßnahmen als Hindernisse genannt. Die Teilnehmer wiesen auch auf die unzureichenden Finanzierungsmöglichkeiten, das geringe Verständnis und die mangelnde Anerkennung in der Öffentlichkeit und bei den politischen Entscheidungsträgern hin. In der Region Peloponnes (EL) wurde eine Reihe von Herausforderungen festgestellt, darunter die Sicherung einer stabilen und langfristigen Finanzierung, die die Nachhaltigkeit der Projekte gewährleisten könnte, regulatorische Hürden, komplexe rechtliche Rahmenbedingungen und ein hoher Verwaltungsaufwand, welche die Gründung und Expansion von Sozialunternehmen behindern. In den ländlichen Gebieten wurde das Fehlen einer angemessenen Infrastruktur als ein wesentliches Hindernis genannt, welches das Entwicklungspotenzial dieser Regionen einschränkt.

In der belgischen Provinz Flämisch-Brabant wiesen die Teilnehmer auf finanzielle Engpässe und Schwierigkeiten bei der Bewältigung von Verwaltungsabläufen hin. Sie stellten auch fest, dass es an spezifischen, auf die Bedürfnisse von Sozialunternehmen zugeschnittenen Unterstützungsmechanismen mangelt. In der Planungsregion Riga (LV) nannten die Teilnehmer der Fokusgruppe die hohen Steuern auf Arbeit als ein wesentliches Hindernis, das die Betriebskosten für Sozialunternehmen erhöht. Sie wiesen auch auf die mangelnde Unterstützung durch die Kommunen hin, die auf begrenzte Budgets und unzureichende Entscheidungsfreiheit zurückzuführen ist. Darüber hinaus wurde der komplexe Rechtsrahmen

mit unklaren Rollen und Budgets zwischen den staatlichen Institutionen sowie die trotz politischer Unterstützung begrenzte Praxis der sozial verantwortlichen Beschaffung festgestellt.

In der Gemeinde Haskovo (BG) behindert der breit gefächerte Rechtsrahmen zudem eine wirksame Ausrichtung der Anreize und Fördermaßnahmen. Die Teilnehmer betonten die Notwendigkeit sektoraler Reformen, da soziale Unternehmen meist auf traditionelle Sektoren beschränkt sind. Sie wiesen darauf hin, dass es an konsequenten Programmen zum Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung der unternehmerischen Fähigkeiten und der Anerkennung auf dem Markt fehle. Darüber hinaus erschwere die unzureichende finanzielle Unterstützung in der Anfangsphase von Sozialunternehmen die Nachhaltigkeit. In der Extremadura (ES) besteht ein großes Hindernis darin, dass das Modell der Sozialwirtschaft allgemein nicht verstanden und anerkannt wird. Die Teilnehmer der Fokusgruppe nannten auch Schwierigkeiten beim Zugang zu breiteren Märkten und finanzielle Beschränkungen als bedeutende Hürden für das Wachstum und die Nachhaltigkeit von Sozialunternehmen.

Die Fokusgruppe im Bezirk Harghita (RO) identifizierte zentrale Hindernisse für das Wachstum der Sozialwirtschaft. Die bürokratische Komplexität des Gesetzes Nr. 219/2015 schreckt potenzielle Sozialunternehmer aufgrund der komplizierten Prozesse für die Registrierung und Führung ab. Auch an finanzieller Unterstützung mangelt es, insbesondere für Neugründungen, da der Zugang zu europäischen Fonds aufgrund strenger Anforderungen schwierig ist. Darüber hinaus wird der Sektor durch einen erheblichen Mangel an öffentlichem Bewusstsein und Verständnis behindert, da die Sozialwirtschaft von der Öffentlichkeit und den politischen Entscheidungsträgern oft missverstanden oder unterbewertet wird. Nicht zuletzt war in Oliveira do Hospital, Portugal, die Sicherung der notwendigen finanziellen Unterstützung ein Haupthindernis für Sozialunternehmen. Die Teilnehmer nannten auch die komplizierten rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen und den begrenzten Marktzugang als signifikante Hürden.

Insgesamt wurden in den Fokusgruppen in allen Regionen gemeinsame Hindernisse hervorgehoben, darunter hohe Arbeitssteuern, mangelnde Unterstützung durch die Kommunen, komplexe rechtliche Rahmenbedingungen und unzureichende finanzielle Anreize. In jeder Region wurden auch besondere Herausforderungen festgestellt, wie die Notwendigkeit sektoraler Reformen in Haskovo und bürokratische Hürden in der Region Rhein-Neckar. Die Beseitigung dieser Hindernisse durch gezielte politische Interventionen, verbesserte Finanzierungsmechanismen und eine stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist für die Förderung des Wachstums von Sozialunternehmen von entscheidender Bedeutung.

Begünstigende Faktoren

In den Fokusgruppen in allen Regionen wurden mehrere gemeinsame Faktoren hervorgehoben, die das Wachstum der Sozialwirtschaft begünstigen, darunter unterstützende öffentliche

Ressourcen, starke Gemeinschaftsnetzwerke und die Verfügbarkeit von Zuschüssen und finanzieller Unterstützung. Schulungs- und Kapazitätsaufbauprogramme, unterstützende politische Maßnahmen und Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit wurden ebenfalls als entscheidende Faktoren betont. Jede Region identifizierte auch einzigartige begünstigende Faktoren, wie die Bedeutung von Kooperationsmodellen in der Extremadura und die Rolle politischer Rahmenbedingungen in der Region Rhein-Neckar. Um das Wachstum von Sozialunternehmen zu fördern, ist es unerlässlich, diese Faktoren durch gezielte Maßnahmen, eine bessere Koordinierung und verstärkte Unterstützungsmechanismen anzugehen. Im Einzelnen lassen sich die in den verschiedenen Regionen angesprochenen begünstigenden Faktoren wie folgt beschreiben:

Die Fokusgruppe im Bezirk Harghita (RO) identifizierte mehrere begünstigende Faktoren, die das Wachstum der Sozialwirtschaft unterstützen könnten. Starke Gemeinschaftsnetzwerke wurden als ein wichtiger Vorteil hervorgehoben, der die Zusammenarbeit zwischen Sozialunternehmen und lokalen Stakeholdern erleichtert. Auch die Bedeutung von Schulungen und Initiativen zum Kapazitätsaufbau wurde angesprochen, da diese die Fähigkeiten und Kenntnisse von Sozialunternehmern verbessern und ihnen helfen können, operative Herausforderungen zu bewältigen. Auch wenn der derzeitige Rechtsrahmen Herausforderungen mit sich bringt, merkten die Teilnehmer an, dass politische Verbesserungen ein erhebliches Wachstumspotenzial freisetzen könnten, was darauf hindeutet, dass eine unterstützendere und optimiertere politische Gestaltung für die Sozialwirtschaft in der Region von großem Nutzen sein könnte.

In der Planungsregion Riga (LV) identifizierten die Teilnehmer mehrere Faktoren, die das Wachstum von Sozialunternehmen begünstigen. Die Unterstützung durch die Kommunen wurde als entscheidend hervorgehoben, wobei die Kommunen verschiedene Unterstützungsmechanismen bereitstellen, Kontakte zu den Sozialunternehmen pflegen und über deren Leistungen und Probleme informiert sind. Darüber hinaus wurde die Verfügbarkeit von Zuschüssen im Rahmen lokaler und regionaler Wettbewerbe als ein wichtiger Faktor genannt. Vernetzungsveranstaltungen und -aktivitäten innerhalb der Gemeinschaft des sozialen Unternehmertums wurden ebenfalls als wesentlich für die Förderung des sozialen Unternehmertums, die Bereitstellung von Informationen und die Erleichterung des kollegialen Lernens und Austauschs angesehen. In der Gemeinde Haskovo (BG) betonten die Teilnehmer der Fokusgruppe die Bedeutung von unterstützenden öffentlichen Ressourcen. Dabei gingen sie insbesondere auf den Bedarf an öffentlichen Mitteln zur Unterstützung der Aktivitäten von Sozialunternehmen sowie die Planung von Zielen, Aufträgen und erwarteten Ergebnissen bei der Bereitstellung von Unterstützung ein. Auch die Gewährleistung der Gleichbehandlung und die Verringerung des Verwaltungsaufwands wurden als wichtig erachtet, ebenso wie die Durchführung von Programmen und Maßnahmen auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse und

der Relevanz der investierten Mittel für die erzielten Ergebnisse. Darüber hinaus forderten die Teilnehmer eine bessere Koordinierung und Dezentralisierung, um die Kommunen in die Entwicklung des sozialen Unternehmertums entsprechend den lokalen Bedürfnissen einzubeziehen.

In der Extremadura (ES) wurden des Weiteren starke Gemeinschaftsnetzwerke und Verbände, die Sozialunternehmen unterstützen, als begünstigende Faktoren ermittelt. Die Teilnehmer betonten die Bedeutung von Kooperationsmodellen und unterstrichen die Rolle öffentlicher Institutionen bei der Anerkennung und Unterstützung. Rechtliche Rahmenbedingungen und Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit wurden ebenfalls als entscheidende Voraussetzungen für das Wachstum der Sozialwirtschaft angesehen. In der Region Rhein-Neckar (DE) wiesen die Teilnehmer der Fokusgruppe auf die unterstützende Rolle politischer Rahmenwerke und die Verfügbarkeit von Schulungs- und Kapazitätsaufbauprogrammen als entscheidende Faktoren hin. Starke Netzwerke und Partnerschaften innerhalb des sozialwirtschaftlichen Sektors wurden ebenso hervorgehoben wie Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zur Unterstützung. In der Region Mazowieckie (PL) umfassten die begünstigenden Faktoren Regierungsinitiativen und die Unterstützung durch NROs. Die Teilnehmer gingen auf die Bedeutung des gesellschaftlichen Engagements und der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Stakeholdern ein, um das Wachstum von Sozialunternehmen zu fördern. Die Verfügbarkeit von finanzieller Unterstützung durch verschiedene Programme wurde ebenfalls als ein entscheidender Faktor angesehen.

In der Provinz Flämisch-Brabant (BE) nannten die Teilnehmer der Fokusgruppe darüber hinaus Kooperationsnetzwerke und unterstützende politische Maßnahmen auf lokaler Ebene als wichtige Voraussetzungen. Ausbildungsinitiativen und Bildungsprogramme wurden ebenfalls als entscheidend für den Aufbau von Kapazitäten und die Förderung der Sozialwirtschaft benannt. Finanzielle Unterstützungsmechanismen und öffentlich-private Partnerschaften wurden als wesentlich für das Wachstum des Sektors angesehen. In Oliveira do Hospital (PT) betonten die Teilnehmer die Bedeutung starker kommunaler Netzwerke und unterstützender Maßnahmen. Bildungsprogramme und Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit wurden als entscheidend für die Förderung der Sozialwirtschaft angesehen. Die Verfügbarkeit von finanzieller Unterstützung und ein besserer Rechtsrahmen wurden ebenfalls als wichtige Voraussetzungen für das Wachstum von Sozialunternehmen genannt.

Schließlich wurden in der Fokusgruppe der Region Peloponnes (EL) mehrere begünstigende Faktoren als wesentlich für das Wachstum der Sozialwirtschaft hervorgehoben. Starke kommunale Netzwerke, die durch die Zusammenarbeit zwischen lokalen Unternehmen und staatlichen Stellen unterstützt werden, wurden als entscheidende Erfolgsfaktoren anerkannt. Öffentlich-private Partnerschaften wurden auch als wirksam bei der Förderung regionaler Umwelt- und Sozialprojekte angesehen, während Initiativen zum Erhalt des kulturellen Erbes,

wie beispielsweise lokale Festivals, erheblich zum Tourismus und zum Stolz der Gemeinschaft beigetragen haben. Der von Genossenschaftsmodellen getragene Landwirtschaftssektor der Region hat ebenfalls von der Unterstützung und dem Engagement der lokalen Gemeinschaft profitiert.

Bedarf und Zukunftsperspektiven

Mit Blick auf die Zukunft wurden in allen Fokusgruppen mehrere verbesserungswürdige Bereiche genannt. In der Region Peloponnes (EL) war der Zugang zu langfristigen Finanzierungsmechanismen ein wiederkehrendes Thema, wobei ein Bedarf an nachhaltigerer finanzieller Unterstützung für Sozialunternehmen festgestellt wurde. Die Teilnehmer forderten außerdem vereinfachte regulatorische Rahmenbedingungen, die den Verwaltungsaufwand für sozialwirtschaftliche Initiativen verringern würden. Darüber hinaus besteht eine starke Nachfrage nach einer verstärkten Unterstützung für Jugend- und Kulturprogramme, die das Potenzial haben, das soziale Gefüge der Region weiter zu bereichern und die lokale Entwicklung zu fördern. Wenn diese Bedürfnisse berücksichtigt werden, kann die Sozialwirtschaft auf dem Peloponnes besser positioniert werden, um ihre positive Wirkung auf die Region fortzusetzen.

In der Provinz Flämisch-Brabant (BE) betonten die Teilnehmer die Bedeutung verbesserter Finanzierungsmechanismen und besserer regulatorischer Rahmenbedingungen zur Unterstützung sozialer Unternehmen. Sie betonten die Notwendigkeit starker öffentlich-privater Partnerschaften und kooperativer Netzwerke. Die Teilnehmer forderten auch verstärkte Bildungsprogramme und Ausbildungsinitiativen zum Aufbau von Kapazitäten innerhalb des sozialwirtschaftlichen Sektors. In Oliveira do Hospital (PT) stellten die Teilnehmer fest, dass mehr finanzielle Unterstützung und bessere regulatorische Rahmenbedingungen zur Förderung der Sozialwirtschaft erforderlich sind. Sie betonten, wie wichtig starke Gemeinschaftsnetzwerke und unterstützende politische Maßnahmen sind. Die Teilnehmer gingen auch auf die Notwendigkeit von Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und von Bildungsprogrammen zur Förderung der Vorteile der Sozialwirtschaft und ihrer Rolle bei der Entwicklung der Gemeinschaft ein.

In der Planungsregion Riga (LV) hoben die Teilnehmer der Fokusgruppe außerdem die Notwendigkeit einer aktiveren Zusammenarbeit zwischen Sozialunternehmen und Kommunen hervor. Sie betonten die Notwendigkeit, dass die Kommunen proaktiver mit den Sozialunternehmen zusammenarbeiten und Sozialunternehmen wiederum in ihrer Kommunikation aktiver werden. Darüber hinaus stellten die Teilnehmer fest, dass mehr sozial verantwortliche Beschaffungspraktiken, vielfältigere Unterstützungsmechanismen und fortlaufende Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit erforderlich sind, um die Wahrnehmung von Sozialunternehmen zu verändern – weg von einer Kostenbelastung hin zu einer Investition. Für die Extremadura (ES) ermittelten die Teilnehmer den Bedarf an mehr

institutioneller Unterstützung und finanziellen Anreizen, um den Sektor der Sozialwirtschaft zu stärken. Sie betonten die Bedeutung von Kooperationsmodellen und die Notwendigkeit einer stärkeren Anerkennung durch die öffentliche Verwaltung. Die Teilnehmer forderten auch bessere Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Bildungsprogramme zur Förderung der Sozialwirtschaft und ihrer Vorteile für die regionale Entwicklung.

Die Fokusgruppe im Bezirk Harghita skizzierte die wichtigsten Bedürfnisse und Zukunftsperspektiven für die Sozialwirtschaft. Dabei wurde die Vereinfachung rechtlicher Verfahren als entscheidend angesehen, um mehr Organisationen zu ermutigen, sich an sozialwirtschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen. Ebenso bestehe ein großer Bedarf an verbesserten Finanzierungsmechanismen, einschließlich eines leichteren Zugangs zu europäischen Fonds und lokalen Finanzierungsinitiativen. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch breit angelegte Kampagnen wurde als wesentlich für die Veränderung der Wahrnehmung und die Gewinnung von Unterstützung hervorgehoben. Darüber hinaus wurde die Förderung einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Sozialunternehmen, lokalen Behörden und anderen Stakeholdern als entscheidend für die Schaffung von Synergien und die Förderung von sozialwirtschaftlichen Initiativen in der Region angesehen. In der Region Rhein-Neckar (DE) betonten die Teilnehmer die Notwendigkeit, die Verwaltungsverfahren zu straffen und die finanzielle Unterstützung für Sozialunternehmen zu erhöhen. Sie gingen auch auf die Bedeutung von Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und die Notwendigkeit von starken Netzwerken und Partnerschaften innerhalb des sozialwirtschaftlichen Sektors ein. Die Teilnehmer forderten ebenfalls verstärkte Ausbildungs- und Kapazitätsaufbauprogramme, um das Wachstum von Sozialunternehmen zu fördern.

In der Gemeinde Haskovo (BG) betonten die Teilnehmer die Notwendigkeit sektorspezifischer Reformen und umfassender Strategien für die Entwicklung der Sozialwirtschaft auf nationaler Ebene. Sie forderten Maßnahmen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands und zur Gewährleistung der Gleichbehandlung aller Sozialunternehmen. Die Notwendigkeit langfristiger öffentlicher Förderprogramme und finanzieller Anreize für Sozialunternehmen wurde ebenfalls angesprochen. Die Teilnehmer betonten, wie wichtig der Aufbau von Kapazitäten und die Anerkennung auf dem Markt für Sozialunternehmen ist, um Nachhaltigkeit zu erreichen. In der Region Mazowieckie (PL) sprachen die Teilnehmer die Notwendigkeit eines kohärenten politischen Rahmenwerks und einer besseren Koordinierung zwischen den einzelnen Stakeholdern an. Sie stellten fest, dass mehr Finanzierungsmöglichkeiten und eine stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Sozialwirtschaft notwendig seien. Die Teilnehmer forderten auch mehr Unterstützung durch NROs und staatliche Initiativen zur Förderung des Wachstums von Sozialunternehmen.

Insgesamt wurden in den Fokusgruppen in allen Regionen mehrere gemeinsame Bedürfnisse und Zukunftsperspektiven für das Wachstum der Sozialwirtschaft hervorgehoben, darunter die

Notwendigkeit einer stärkeren finanziellen Unterstützung, verbesserter Regulierungsrahmen und verstärkter Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Darüber hinaus wurde die Bedeutung starker Gemeinschaftsnetzwerke, unterstützender politischer Maßnahmen und Bildungsprogramme betont. Jede Region ermittelte spezifische Bedürfnisse, wie zum Beispiel sektorspezifische Reformen in Haskovo und den Bedarf an starken öffentlich-privaten Partnerschaften in der Provinz Flämisch-Brabant. Die Deckung dieses Bedarfs durch gezielte politische Maßnahmen und verbesserte Unterstützungsmechanismen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Förderung des Wachstums von Sozialunternehmen und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.

4. Offizielle Bewertungen der derzeitigen politischen Maßnahmen

Überblick über die derzeitigen politischen Maßnahmen zur Unterstützung der Sozialwirtschaft in den einzelnen Regionen

Eine detaillierte Analyse der sozialwirtschaftlichen Maßnahmen in den SECON-Regionen wird in dem veröffentlichten Bericht „Analyse der sozialwirtschaftlichen Maßnahmen in den SECON-Regionen – Einheitsbericht“ vorgestellt, der in der [digitalen Bibliothek des SECON-Projekts](#) öffentlich zugänglich ist. Im Folgenden findet sich ein kurzer Überblick:

Provinz Flämisch-Brabant, Belgien

Belgien unterstützt die Sozialwirtschaft durch Kooperationsnetzwerke und lokale Maßnahmen. Die Region setzt auf finanzielle Unterstützungsmechanismen, öffentlich-private Partnerschaften und Bildungsinitiativen zur Förderung von Sozialunternehmen. Die bürokratische Komplexität und die finanziellen Zwänge stellen eine große Herausforderung dar.

Stadt Haskovo, Bulgarien

In Bulgarien bietet das Gesetz über Unternehmen der Sozial- und Solidarwirtschaft (2019) den Rahmen für Sozialunternehmen, die sich auf soziale Aktivitäten und Ziele in Zusammenarbeit mit staatlichen oder lokalen Behörden konzentrieren. Der Integrierte Entwicklungsplan (IDP) der Gemeinde Haskovo (2021-2027) steht im Einklang mit der EU-Kohäsionspolitik, aber es fehlen spezifische sozialwirtschaftliche Instrumente auf regionaler Ebene. Die Gemeinde hat ein Finanzierungsprogramm für Sozialunternehmen entwickelt, um die Beschäftigung und soziale Inklusion benachteiligter Gruppen zu fördern.

Rhein-Neckar, Deutschland

Die deutsche Politik unterstützt Sozialunternehmen sowohl durch nationale als auch durch regionale Rahmenwerke. Die Region Rhein-Neckar profitiert von starken Netzwerken, politischer Unterstützung und Programmen zum Aufbau von Kapazitäten. Der Schwerpunkt liegt auf der Förderung der sozialen Inklusion und der nachhaltigen Entwicklung, wenn auch bürokratische Hürden und Finanzierungsbeschränkungen weiterhin eine große Herausforderung darstellen.

Region Peloponnes, Griechenland

In der Region Peloponnes sind die sozialwirtschaftlichen Maßnahmen auf den Nationalen Aktionsplan für die Sozialwirtschaft (2023) abgestimmt, der darauf abzielt, über 120 Einrichtungen der sozialen Solidarwirtschaft (SSE) in Bereichen wie Landwirtschaft,

Ökotourismus und Kulturerbe zu unterstützen. Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen stehen die Modernisierung der lokalen Wirtschaft und die Förderung der Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaft. Allerdings behindern Herausforderungen wie bürokratische Hindernisse, komplexe rechtliche Rahmenbedingungen und ein Mangel an langfristiger finanzieller Unterstützung das Wachstum. Es werden Anstrengungen unternommen, um den Zugang zu Finanzmitteln zu verbessern, die Vorschriften zu straffen und öffentlich-private Partnerschaften zu fördern, um die Rolle der Sozialwirtschaft in der nachhaltigen regionalen Entwicklung zu stärken.

Planungsregion Riga, Lettland

Der politische Rahmen in Lettland wird in erster Linie durch das nationale „Gesetz über Sozialunternehmen“ (2018) definiert, das den Status und die Aktivitäten von Sozialunternehmen skizziert. Das Entwicklungsprogramm und der Aktionsplan für die Planungsregion Riga (2022-2027) unterstützen die Sozialwirtschaft im Bereich „Sozialplanung und Kapazitätsaufbau in der Gesellschaft“. Es gibt jedoch kein spezifisches regionales Budget für diese Aktivitäten, stattdessen wird auf nationale und kommunale Regelungen und Initiativen zurückgegriffen.

Region Mazowieckie, Polen

Polens Politik für die Sozialwirtschaft umfasst nationale Rahmenwerke mit Unterstützung durch lokale staatliche Stellen und NROs. Die Region unterstreicht die Notwendigkeit einer kohärenten Politik und einer besseren Koordinierung zwischen den Stakeholdern, um den sozialwirtschaftlichen Sektor zu fördern. Finanzielle Mittel und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sind entscheidende Bereiche für Verbesserungen.

Oliveira do Hospital, Portugal

Der Schwerpunkt der portugiesischen Politik liegt auf unterstützenden Gemeinschaftsnetzwerken und regulatorischen Rahmenwerken. Die Region unterstreicht die Notwendigkeit einer verstärkten finanziellen Unterstützung und öffentlicher Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Sozialwirtschaft. Bildungsprogramme sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Sektors.

Bezirk Harghita, Rumänien

Im Bezirk Harghita werden die sozialwirtschaftlichen Maßnahmen durch das Gesetz Nr. 219/2015 bestimmt, das den rechtlichen Rahmen für Sozialunternehmen bildet. Das komplexe Zertifizierungsverfahren und die bürokratischen Hürden haben die Wirksamkeit des Gesetzes jedoch eingeschränkt. Europäische Mittel stehen zwar zur Verfügung, aber der Zugang zu ihnen ist aufgrund der strengen Anforderungen schwierig. Insgesamt bilden die derzeitigen

Maßnahmen eine Grundlage, müssen aber vereinfacht und besser unterstützt werden, um die Sozialwirtschaft in der Region wirksam zu fördern.

Extremadura, Spanien

Die politischen Maßnahmen in der Extremadura unterstützen die Sozialwirtschaft durch verschiedene regionale Initiativen. Die Region unterstreicht die Bedeutung von Genossenschaftsmodellen, insbesondere im Agrar- und Ernährungssektor, um regionale Herausforderungen wie Abwanderung der Bevölkerung und Arbeitslosigkeit zu bewältigen. Die Generaldirektion Genossenschaften und Sozialwirtschaft leitet diese Bemühungen, wobei der Schwerpunkt auf demokratischer Verwaltung und sozialer Inklusion liegt.

Wichtigste Ergebnisse aus der Bewertung der Maßnahmen

Die Evaluierung der derzeitigen Maßnahmen in den SECON-Projektregionen unterstreicht die Notwendigkeit einer verstärkten finanziellen Unterstützung, verbesserter rechtlicher Rahmenwerke und einer stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Die bestehenden Maßnahmen haben zwar ihre Stärken, doch sind gezielte Interventionen und strategische Anpassungen unerlässlich, um den spezifischen Bedürfnissen und Herausforderungen der einzelnen Regionen gerecht zu werden. Diese vergleichende Analyse macht deutlich, wie wichtig koordinierte Bemühungen zur Förderung des Wachstums der Sozialwirtschaft in ganz Europa sind.

In der belgischen Provinz Flämisch-Brabant wird in den Bewertungen die Notwendigkeit eines besseren Rechtsrahmens und besserer Finanzierungsmechanismen hervorgehoben. Kooperationsnetzwerke und Bildungsprogramme werden als wesentliche Stärken genannt, die jedoch durch eine wirksamere regulatorische Unterstützung und finanzielle Hilfe ergänzt werden müssen, um das Wachstum sozialer Unternehmen zu fördern. Die rechtlichen Rahmenbedingungen und Finanzierungsmechanismen müssen verbessert werden. Kooperationsnetzwerke und Bildungsprogramme sind entscheidend für die Förderung der Sozialwirtschaft.

In der bulgarischen Gemeinde Haskovo schränken der breite Rechtsrahmen und die sektoralen Beschränkungen das Wachstum von Sozialunternehmen ein. Das volatile wirtschaftliche und politische Umfeld erschwert die Bemühungen um Nachhaltigkeit zusätzlich. Finanzielle Instrumente sind zwar vorhanden, aber für kleinere NROs oft unzureichend, sodass ihre Fähigkeit für langfristige Aktivitäten eingeschränkt ist. Die Evaluierungen zeigen, dass sehr wohl Finanzinstrumente zur Verfügung stehen, diese aber für kleinere NROs oft unzureichend sind. Für eine nachhaltige Entwicklung sind sektorale Reformen und eine gezielte Unterstützung für bestimmte gefährdete Gruppen erforderlich.

In der Region Rhein-Neckar (Deutschland) wird in den Evaluierungen die Notwendigkeit einer Straffung der Verwaltungsabläufe und verbesserter Finanzierungsmechanismen hervorgehoben. Obwohl Programme zum Kapazitätsaufbau und politische Rahmenbedingungen in erheblichem Umfang unterstützt werden, sind das öffentliche Bewusstsein und die Anerkennung sozialer Unternehmen nach wie vor unzureichend, was die Gesamtwirkung bestehender Maßnahmen begrenzt. Die Aktivitäten unterstützen die soziale Inklusion und die nachhaltige Entwicklung, stehen aber vor bürokratischen und finanziellen Herausforderungen. Eine stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit und eine Straffung der Verfahren sind notwendig, um die Wirksamkeit zu verbessern.

Die Bewertungen der Maßnahmen für die Region Peloponnes, Griechenland, zeigen sowohl Fortschritte als auch Herausforderungen auf. Während SSE in Sektoren wie Landwirtschaft und Ökotourismus Unterstützung erhalten, bleibt die finanzielle Nachhaltigkeit ein zentrales Problem, da sie auf kurzfristige Finanzierungen angewiesen sind. Bürokratische Hürden, insbesondere für kleine SSE, und ein geringes öffentliches Bewusstsein, insbesondere in ländlichen Gebieten, behindern das Wachstum. Infrastrukturmängel, wie zum Beispiel begrenzte Transportmöglichkeiten und fehlende digitale Konnektivität, schränken die Skalierbarkeit weiter ein. Um das Potenzial von SSE voll auszuschöpfen, sind Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, finanzielle Unterstützung und öffentlich-private Partnerschaften unerlässlich.

In der Planungsregion Riga, Lettland, deuten die Bewertungen auf eine systemische Unterstützung auf nationaler Ebene hin, aber es fehlt an kommunaler Unterstützung und nicht-finanzieller Hilfe. Administrative Hindernisse und projektbasierte Unterstützungssysteme schränken die Wirksamkeit ein. Die Maßnahmen müssen diversifiziert, und die Rollen der öffentlichen Einrichtungen besser definiert werden, um die Unterstützungsmechanismen zu verbessern. Die Maßnahmen sind in einem gewissen Umfang wirksam, bedürfen aber einer Verbesserung bei der kommunalen Unterstützung und der nicht-finanziellen Hilfe.

In der Region Mazowieckie (Polen) weisen die Bewertungen auf komplexe rechtliche Rahmenbedingungen und unzureichende Finanzierung als Haupthindernisse hin. Es besteht ein dringender Bedarf an kohärenten politischen Rahmenbedingungen und einer besseren Koordinierung zwischen den Stakeholdern, um ein günstiges Umfeld für Sozialunternehmen zu schaffen. Auch das öffentliche Bewusstsein für die Sozialwirtschaft ist gering, sodass gezielte Anstrengungen erforderlich sind, um das Verständnis und die Unterstützung zu verbessern. Die Maßnahmen durch komplexe rechtliche Rahmenbedingungen und begrenzte Finanzmittel behindert. Eine bessere Koordinierung zwischen den Stakeholdern und kohärente politische Rahmenwerke sind für die Unterstützung von Sozialunternehmen unerlässlich.

In Oliveira do Hospital, Portugal, zeigen die Bewertungen, dass die Erhöhung der finanziellen Unterstützung und die Verbesserung des rechtlichen Rahmens für das Wachstum der Sozialwirtschaft entscheidend sind. Starke Gemeinschaftsnetzwerke und Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sind von entscheidender Bedeutung, aber die bestehenden Maßnahmen müssen verstärkt werden, um eine umfassende Unterstützung für soziale Unternehmen zu gewährleisten. Die Maßnahmen müssen sich auf eine stärkere finanzielle Unterstützung und die Verbesserung des Rechtsrahmens konzentrieren. Starke Gemeinschaftsnetzwerke und Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sind für die Förderung der Sozialwirtschaft von entscheidender Bedeutung.

Die Bewertungen der Maßnahmen im Bezirk Harghita, Rumänien, zeigen, dass der durch das Gesetz Nr. 219/2015 geschaffene Rechtsrahmen für Sozialunternehmen zwar einen bedeutenden Fortschritt darstellt, seine Komplexität jedoch eine breitere Beteiligung an der Sozialwirtschaft behindert hat. Die bürokratischen Herausforderungen und der schwierige Zugang zu Mitteln der europäischen Gemeinschaft haben die Wirksamkeit dieser Maßnahmen eingeschränkt. Trotz dieser Hindernisse besteht ein Wachstumspotenzial, wenn die Politik vereinfacht und besser auf die Bedürfnisse der Sozialunternehmen abgestimmt wird. Die Bewertungen machen deutlich, dass mehr unterstützende Maßnahmen erforderlich sind, um die Wirkung und Nachhaltigkeit der Sozialwirtschaft in der Region zu verbessern.

Für die Extremadura, Spanien, zeigt die Bewertung der Maßnahmen, wie wichtig die Anerkennung durch die Öffentlichkeit und die Unterstützung für die Sozialwirtschaft sind. Kooperative Modelle stehen hoch im Kurs, insbesondere im Agrar- und Ernährungssektor. Es müssen jedoch noch erhebliche Lücken bei den finanziellen Anreizen und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit geschlossen werden, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu erhöhen. Öffentliche Anerkennung und finanzielle Anreize sind entscheidend für die Förderung der Sozialwirtschaft. Kooperative Modelle werden hoch geschätzt, aber es bedarf einer besseren institutionellen Unterstützung und einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

5. Vergleichende Analyse zwischen den Regionen

Gemeinsame Themen und Ähnlichkeiten bei Bedürfnissen und Herausforderungen

Die regionalen Bedarfsanalysen im Rahmen des SECON-Projekts ergaben mehrere wiederkehrende Themen, die die strukturellen Hindernisse und Herausforderungen für sozialwirtschaftliche Unternehmen in ganz Europa aufzeigen. Trotz der unterschiedlichen regionalen Kontexte und des unterschiedlichen wirtschaftlichen Umfelds deuten diese gemeinsamen Herausforderungen darauf hin, dass systemische Probleme im Spiel sind, die durch gezielte politische Interventionen und überregionale Zusammenarbeit angegangen werden müssen. Im Folgenden fassen wir die wichtigsten gemeinsamen Themen und Herausforderungen zusammen, mit denen SEE konfrontiert sind.

Finanzielle Hürden

Eine der größten und allen SECON-Regionen gemeinsamen Herausforderungen ist der Mangel an angemessener finanzieller Unterstützung für SEE. Über alle Regionen hinweg gaben die Befragten an, dass die derzeitigen öffentlichen und privaten Finanzierungsmechanismen nicht ausreichen, um das Wachstum, die Nachhaltigkeit und die Skalierung von SEE zu unterstützen. In Lettland, Portugal und Bulgarien identifizierten die beteiligten Stakeholder eine anhaltende Lücke bei den finanziellen Ressourcen, da viele Sozialunternehmen Schwierigkeiten haben, Startkapital, Betriebsmittel oder Expansionskredite zu erhalten.

In vielen Fällen sind öffentliche Mittel entweder begrenzt oder aufgrund der bürokratischen Komplexität schwer zugänglich. In Rumänien beispielsweise stellten die Beteiligten fest, dass die strengen Anforderungen für den Zugang zu europäischen Fonds erhebliche Hindernisse darstellen, insbesondere für kleinere Unternehmen, denen die Verwaltungskapazität fehlt, um die komplexen Antragsverfahren zu bewältigen. Griechenland und Deutschland berichteten über ähnliche Probleme, wobei die Unternehmen bei der Beschaffung finanzieller Unterstützung durch nationale Programme oder private Investitionen auf Hindernisse stießen.

Regulatorische Hürden

Eine zweite gemeinsame Herausforderung ist das komplexe und oft restriktive regulatorische Umfeld, in dem sich die SSE bewegen müssen. In Regionen wie Deutschland, Polen und Belgien sind Sozialunternehmen mit bürokratischen Hürden konfrontiert, die mit der Registrierung, der Einhaltung von Vorschriften und den laufenden regulatorischen Anforderungen zusammenhängen. Die Stakeholder aus allen Regionen berichteten, dass diese rechtlichen

Rahmenbedingungen oft nicht auf die besonderen Bedürfnisse von SEE zugeschnitten sind, was es ihnen erschwert, effizient zu arbeiten oder zu wachsen.

In Griechenland zum Beispiel betonten die Befragten, dass die Regulierungsverfahren zeitaufwändig und komplex sind, insbesondere für Unternehmen, die ihre Tätigkeit erweitern oder ausbauen wollen. In Belgien wiesen die Stakeholder auf die mangelnde regulatorische Flexibilität als Haupthindernis hin, das Innovationen und Anpassungen an sich ändernde Markt- oder Gemeinschaftsbedürfnisse behindert. Eine Vereinfachung dieser rechtlichen Rahmenbedingungen und die Schaffung anpassungsfähigerer Richtlinien könnten die Wachstumsaussichten der sozialwirtschaftlichen Unternehmen in allen Regionen erheblich verbessern.

Öffentliches Bewusstsein und Anerkennung

Eine dritte kritische Herausforderung, die alle SECON-Regionen teilen, ist der Mangel an öffentlichem Bewusstsein und Anerkennung der Sozialwirtschaft. Trotz ihres Potenzials, inklusives Wachstum voranzutreiben, soziale Innovationen zu fördern und auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft einzugehen, sind SEE in vielen Regionen sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den politischen Entscheidungsträgern noch relativ unbekannt. In Spanien, Rumänien und Griechenland wiesen die Stakeholder darauf hin, dass die geringe Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit verhindert, dass SEE die notwendige Unterstützung von Verbrauchern, Investoren und lokalen Verwaltungen erhalten.

Die Befragten in diesen Regionen betonten, wie wichtig es ist, das Bewusstsein für die Vorteile der Sozialwirtschaft zu sensibilisieren, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo SEE über das Potenzial verfügen, soziale Ausgrenzung und wirtschaftliche Marginalisierung zu bekämpfen. Sensibilisierungskampagnen, Bildungsprogramme und Initiativen für eine größere Sichtbarkeit werden als wesentliche Schritte zur Schaffung eines günstigeren Umfelds für SEE angesehen.

Bedarf für den Kapazitätsaufbau

In allen SECON-Regionen besteht ein großer Bedarf an Programmen zum Kapazitätsaufbau, die darauf abzielen, die Fähigkeiten, das Wissen und die operativen Kompetenzen von Sozialunternehmern zu stärken. In Regionen wie Rumänien, Lettland und Bulgarien betonten die Befragten den dringenden Bedarf an Schulungsprogrammen, die den sozialwirtschaftlichen Unternehmen bei der Bewältigung finanzieller, verwaltungstechnischer und rechtlicher Herausforderungen helfen können.

Der Aufbau von Kapazitäten ist besonders wichtig für neuere oder kleinere SEE, die möglicherweise nicht über die Ressourcen verfügen, um internes Fachwissen in Schlüsselbereichen wie Geschäftsentwicklung, Finanzplanung und Compliance zu entwickeln. Die Stakeholder forderten generell gezielte Initiativen, die Sozialunternehmern das nötige Rüstzeug für ihr Wachstum und ihren Erfolg an die Hand geben, darunter Workshops, Mentorenprogramme und Möglichkeiten für kollegiales Lernen.

Kollaborative Netzwerke

Die Bedeutung von starken Netzwerken und Partnerschaften war ein weiteres Thema, das in allen Regionen immer wieder auftauchte. In Regionen wie Deutschland und Spanien wurde das Vorhandensein von Kooperationsnetzwerken zwischen sozialwirtschaftlichen Unternehmen, staatlichen Stellen und Akteuren des Privatsektors als entscheidender Wachstumsfaktor genannt. Diese Netzwerke bieten Plattformen für den Wissensaustausch, die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung und helfen den SEE bei der Bewältigung von Herausforderungen wie Marktzugang, Finanzierungslücken und Einhaltung von Vorschriften.

In vielen Regionen sind diese Netzwerke jedoch entweder unterentwickelt oder fragmentiert. Die Stakeholder in Lettland und Rumänien forderten eine stärker formalisierte Zusammenarbeit zwischen SEE und staatlichen Stellen sowie ein größeres Engagement des Privatsektors bei der Unterstützung sozialwirtschaftlicher Initiativen. Die Stärkung dieser Netzwerke könnte ein unterstützenderes Ökosystem für sozialwirtschaftliche Unternehmen fördern, das Innovationen, die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und koordinierte sektorübergreifende Maßnahmen erleichtert.

Administrative Belastungen

In vielen Regionen wurde auch berichtet, dass der Verwaltungsaufwand eine große Herausforderung für SEE darstellt. In Griechenland, Deutschland und Polen wurde die Komplexität der Verwaltungsprozesse – sei es im Zusammenhang mit Finanzierungsanträgen, der Einhaltung von Rechtsvorschriften oder der betrieblichen Berichterstattung – häufig als Wachstumshemmnis genannt. Vor allem kleine und mittlere SEE verfügen oft nicht über die Ressourcen, um diese administrativen Anforderungen zu bewältigen, was die Aufmerksamkeit und Energie von den Kernaufgaben und der sozialen Wirkung ablenken kann.

Eine Vereinfachung dieser Prozesse durch politische Reformen, wie zum Beispiel die Verringerung des bürokratischen Aufwands, die Digitalisierung der Antragsverfahren oder die Bereitstellung spezieller administrativer Unterstützung für SEE, würde diese Belastung verringern und es den Sozialunternehmen ermöglichen, sich stärker auf ihre sozialen Aufgaben zu konzentrieren.

Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten

Ländliche und städtische Gebiete stehen zwar vor unterschiedlichen Herausforderungen, doch besteht in beiden Kontexten ein gemeinsamer Bedarf an politischen Maßnahmen, die auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten sind. Sowohl auf dem Land als auch in der Stadt betonten die Stakeholder die Notwendigkeit von Maßnahmen, die auf die lokalen Bedürfnisse eingehen, sei es durch gezielte finanzielle Unterstützung, Infrastrukturentwicklung oder maßgeschneiderte Programme zum Aufbau von Kapazitäten. Die Entwicklung regionalspezifischer Strategien würde sicherstellen, dass sowohl ländliche als auch städtische

sozialwirtschaftliche Unternehmen über die Ressourcen und die Unterstützung verfügen, die sie benötigen, um erfolgreich zu sein.

Regionale Unterschiede

Abgesehen von den gemeinsamen Herausforderungen bei der Entwicklung und dem Wachstum sozialwirtschaftlicher Unternehmen (SEE) in den SECON-Regionen ist jede Region in einem einzigartigen sozioökonomischen, institutionellen und kulturellen Kontext tätig, der die Art und Weise beeinflusst, wie sich diese Herausforderungen manifestieren. In diesem Abschnitt werden Abweichungen im öffentlichen Bewusstsein, im rechtlichen Umfeld sowie wirtschaftliche Unterschiede, insbesondere zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, beleuchtet. Das Verständnis dieser Unterschiede ist entscheidend für die Entwicklung maßgeschneiderter politischer Interventionen und Unterstützungsmechanismen, die den regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen.

Sensibilisierung und Einbeziehung der Öffentlichkeit

Einer der wichtigsten Unterschiede zwischen den Regionen ist der Grad des öffentlichen Bewusstseins und Engagements für die Sozialwirtschaft. Das öffentliche Bewusstsein spielt eine wichtige Rolle für den Erfolg von SEE, da es das Verbraucherverhalten, die Beteiligung von Investoren und die institutionelle Unterstützung beeinflusst. Regionen mit einer höheren öffentlichen Wahrnehmung von SEE haben tendenziell günstigere Bedingungen für das Wachstum von Sozialunternehmen, während Regionen mit einer geringeren Wahrnehmung mit der Sichtbarkeit und dem gemeinschaftlichen Engagement zu kämpfen haben.

In der Region Rhein-Neckar (DE) ist das öffentliche Bewusstsein für die Sozialwirtschaft relativ hoch. Dies lässt sich auf eine lange Geschichte sozialer Unternehmen und ein starkes staatliches Engagement zur Förderung der Sozialwirtschaft zurückführen. Die SEE in dieser Region profitieren von einer gut informierten Öffentlichkeit, die den Wert von Sozialunternehmen bei der Bewältigung sozialer Herausforderungen anerkennt. Infolgedessen ist es wahrscheinlicher, dass SEE in der Region Rhein-Neckar (DE) sowohl von den Verbrauchern als auch von den staatlichen Stellen auf lokaler Ebene unterstützt werden, was ihr Wachstum und ihre Nachhaltigkeit fördert.

Im Bezirk Harghita (RO) und in der Planungsregion Riga (LV) hingegen ist das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Sozialwirtschaft wesentlich geringer ausgeprägt. In diesen Regionen werden Sozialunternehmen oft missverstanden oder als wohltätige Organisationen angesehen und nicht als tragfähige Geschäftsmodelle, die soziale Wirkung mit wirtschaftlicher Nachhaltigkeit verbinden. Dieses mangelnde Verständnis schränkt das Engagement der wichtigsten Stakeholder, einschließlich der staatlichen Stellen auf lokaler Ebene und des Privatsektors, ein und erschwert es den sozialwirtschaftlichen Unternehmen, die Sichtbarkeit und Unterstützung zu erlangen, die sie für ihren Erfolg benötigen. Die Stakeholder in diesen Regionen haben die Notwendigkeit öffentlicher Aufklärungskampagnen betont, um das

Bewusstsein für das Potenzial der sozialwirtschaftlichen Unternehmen zur Bewältigung regionaler Herausforderungen zu sensibilisieren, insbesondere in unterversorgten Gemeinden.

Diese Unterschiede im öffentlichen Bewusstsein machen deutlich, wie wichtig kontextspezifische Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit und das Engagement sind. Regionen mit einer geringeren öffentlichen Wahrnehmung von SEE werden intensivere Anstrengungen unternehmen müssen, um die Öffentlichkeit aufzuklären und für die Vorteile der Sozialwirtschaft zu gewinnen, während sich Regionen mit einer höheren öffentlichen Wahrnehmung auf den Ausbau von Unterstützungsstrukturen und die Ausweitung erfolgreicher Initiativen konzentrieren können.

Regulatorisches Umfeld

Das regulatorische Umfeld ist ein weiterer Bereich, in dem sich erhebliche Unterschiede zwischen den SECON-Projektregionen zeigen. Unterstützende rechtliche Rahmenwerke können sozialwirtschaftliche Unternehmen in die Lage versetzen, effizienter zu arbeiten, während restriktive oder komplexe Vorschriften Hindernisse schaffen können, die ihr Wachstum behindern.

In Lettland ist der Rechtsrahmen für Sozialunternehmen dank des Gesetzes über Sozialunternehmen (2018) relativ unterstützend. Dieses Gesetz enthält eine klare rechtliche Definition für Sozialunternehmen, beschreibt ihre Tätigkeiten und bietet steuerliche Anreize und andere Formen der Unterstützung. Die Stakeholder in der Planungsregion Riga (LV) haben festgestellt, dass dieser Rahmen das Wachstum von Sozialunternehmen entscheidend gefördert hat, da er ein gewisses Maß an Rechtssicherheit bietet, das es sozialwirtschaftlichen Unternehmen ermöglicht, mit größerem Vertrauen zu agieren und Investitionen anzuziehen.

Im Gegensatz dazu bietet Rumänien ein schwierigeres regulatorisches Umfeld für sozialwirtschaftliche Unternehmen. Nach dem Gesetz Nr. 219/2015 müssen Sozialunternehmen ein komplexes und bürokratisches Verfahren durchlaufen, um zertifiziert zu werden und ihren Status zu erhalten. Dieses Gesetz bietet zwar eine rechtliche Grundlage für die Sozialwirtschaft, stellt jedoch schwerfällige Anforderungen, die insbesondere kleinere Unternehmen mit begrenzten Verwaltungskapazitäten von einer Beteiligung abhalten. Die Stakeholder im Bezirk Harghita (RO) haben die Notwendigkeit einer Reform der Rechtsvorschriften betont, um die Zertifizierungsverfahren zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand zu verringern, der derzeit die Innovation hemmt und das Wachstumspotenzial des Sektors einschränkt.

Auf dem Peloponnes (EL) ist das regulatorische Umfeld ähnlich komplex. Sozialunternehmen unterliegen denselben administrativen und regulatorischen Anforderungen wie herkömmliche Unternehmen, obwohl sie andere Betriebsmodelle und Aufgaben haben. Dies schafft erhebliche Hindernisse für SEE, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo die Verwaltungskapazitäten oft begrenzt sind. Die Stakeholder haben einen flexibleren und anpassungsfähigeren Rechtsrahmen gefordert, der die besonderen Merkmale von Sozialunternehmen anerkennt und eine maßgeschneiderte Unterstützung bietet.

Diese regulatorischen Unterschiede machen deutlich, dass maßgeschneiderte Rechtsreformen erforderlich sind, die den spezifischen Bedürfnissen der sozialwirtschaftlichen Unternehmen in den verschiedenen Regionen Rechnung tragen. Während einige Regionen, wie die Planungsregion Riga (LV), von klaren und unterstützenden rechtlichen Rahmenbedingungen profitieren, sind in anderen, wie dem Bezirk Harghita (RO) und dem Peloponnes (EL), erhebliche Reformen erforderlich, um bürokratische Hürden abzubauen und ein günstigeres Umfeld für Sozialunternehmen zu schaffen.

Zugang zu Finanzmitteln

Der Zugang zu Finanzmitteln ist für die SEE in allen Regionen von entscheidender Bedeutung, aber das Ausmaß dieser Herausforderung ist je nach den lokalen wirtschaftlichen Bedingungen, der Verfügbarkeit von Finanzierungsmechanismen und der Stärke der Finanzierungsinstitutionen sehr unterschiedlich.

In der Region Rhein-Neckar (DE) und der Provinz Flämisch-Brabant (BE) profitieren SEE von relativ soliden finanziellen Unterstützungssystemen. Diese Regionen haben Zugang zu einer Vielzahl von Finanzierungsquellen, darunter öffentliche Zuschüsse, private Investitionen und Social Impact Bonds (soziale Wirkungskredite). In der Region Rhein-Neckar (DE) bieten starke Netzwerke wie das Zentrum für offene soziale Innovation (S-Hub Mannheim) Sozialunternehmen Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten und Partnerschaften, die ihnen helfen, ihre Aktivitäten zu erweitern. Das Vorhandensein gut etablierter Finanzierungsökosysteme in diesen Regionen erleichtert das Wachstum der sozialwirtschaftlichen Unternehmen und ermöglicht ihnen den Zugang zu dem Kapital, das sie zur Ausweitung ihrer Wirkung benötigen.

Im Gegensatz dazu sehen sich Regionen wie die Gemeinde Haskovo (BG) und der Bezirk Harghita (RO) mit stärkeren finanziellen Zwängen konfrontiert. In der Gemeinde Haskovo (BG) reichen die verfügbaren Finanzinstrumente, wie Zuschüsse und Darlehen, oft nicht aus, um den Bedarf von Sozialunternehmen, insbesondere von kleineren Organisationen und Neugründungen, zu decken. Die Finanzinfrastruktur in diesen Regionen ist unterentwickelt, der Zugang zu Investitionskapital ist begrenzt und es gibt nur wenige Möglichkeiten für Sozialunternehmen, sich eine langfristige Finanzierung zu sichern. In Rumänien verschärfen die strengen Anforderungen für den Zugang zu Mitteln der europäischen Gemeinschaft die finanziellen Herausforderungen, mit denen die sozialwirtschaftlichen Unternehmen konfrontiert sind, und machen es ihnen schwer, sich zu vergrößern und Nachhaltigkeit zu erreichen.

Der ungleiche Zugang zu Finanzmitteln verdeutlicht den Bedarf an regionalspezifischen Finanzierungsmechanismen. Regionen mit besser entwickelten Finanzierungsökosystemen wie Rhein-Neckar (DE) und die Provinz Flämisch-Brabant (BE) können sich auf die Ausweitung bestehender Finanzierungsströme konzentrieren, während Regionen wie die Gemeinde Haskovo (BG) und der Bezirk Harghita (RO) gezielte Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs

zu Kapital benötigen, wie die Entwicklung lokaler Investitionsfonds oder die Einführung flexiblerer Finanzierungsprogramme.

Institutionelle Unterstützung und Aufbau von Kapazitäten

Programme zur institutionellen Unterstützung und zum Aufbau von Kapazitäten sind für das Wachstum der sozialwirtschaftlichen Unternehmen von wesentlicher Bedeutung, aber die Verfügbarkeit und Qualität dieser Programme ist von Region zu Region sehr unterschiedlich.

In der Region Rhein-Neckar (DE) und der Extremadura (ES) profitieren die sozialwirtschaftlichen Unternehmen von einer starken institutionellen Unterstützung, einschließlich staatlich geförderter Initiativen zum Kapazitätsaufbau und Zugang zu gut etablierten Netzwerken. In der Extremadura (ES) zum Beispiel spielen genossenschaftliche Modelle eine wichtige Rolle in der lokalen Wirtschaft, und es gibt zahlreiche Programme zur Förderung der Entwicklung dieser Unternehmen. Diese institutionelle Unterstützung hilft den sozialwirtschaftlichen Unternehmen bei der Bewältigung von Herausforderungen im Zusammenhang mit der Geschäftsentwicklung, der Finanzverwaltung und der Einhaltung von Vorschriften, sodass sie sich auf ihre sozialen Aufgaben konzentrieren können.

In Regionen wie der Planungsregion Riga (LV) und der Gemeinde Haskovo (BG) ist die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus jedoch weniger entwickelt. In der Planungsregion Riga (LV) haben die Stakeholder festgestellt, dass es an strukturierten Schulungsprogrammen für Sozialunternehmer mangelt, was deren Fähigkeit einschränkt, die für ein nachhaltiges Wachstum erforderlichen Fähigkeiten zu erwerben. Auch in der Gemeinde Haskovo (BG) klafft eine erhebliche Lücke bei den Initiativen zum Kapazitätsaufbau, sodass die Sozialunternehmen nicht die Anleitung und Unterstützung erhalten, die sie für die Ausweitung ihrer Tätigkeit benötigen.

Diese Unterschiede in der institutionellen Unterstützung unterstreichen, wie wichtig es ist, in Programme zum Aufbau von Kapazitäten zu investieren. Regionen mit etablierten Unterstützungsstrukturen wie Rhein-Neckar (DE) und die Extremadura (ES) sollten diese Programme weiter ausbauen, während Regionen wie die Planungsregion Riga (LV) und die Gemeinde Haskovo (BG) der Entwicklung von Schulungs- und Mentoreninitiativen Vorrang einräumen müssen, um Sozialunternehmen bei der Bewältigung operativer Herausforderungen zu unterstützen.

Städtische vs. ländliche Herausforderungen

Die Herausforderungen, mit denen die sozialwirtschaftlichen Unternehmen konfrontiert sind, unterscheiden sich erheblich zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Städtische Gebiete haben in der Regel einen besseren Zugang zu Infrastruktur, Märkten und Unterstützungsnetzwerken, während ländliche Regionen mit besonderen Hindernissen konfrontiert sind, die mit Isolation, begrenztem Marktzugang und infrastrukturellen Defiziten zusammenhängen.

In städtischen Regionen wie Rhein-Neckar (DE) profitieren Sozialunternehmen von der unmittelbaren Nähe zu Finanzinstitutionen, Behörden und potenziellen Kunden. Diese Regionen verfügen in der Regel auch über stärkere Unterstützungsnetzwerke mit etablierten Inkubatoren und Beschleunigern, die den sozialwirtschaftlichen Unternehmen bei der Bewältigung von Herausforderungen und beim Ausbau ihrer Aktivitäten helfen. Infolgedessen sind sozialwirtschaftliche Unternehmen in städtischen Gebieten oft besser in der Lage, sich zu vergrößern und Nachhaltigkeit zu erreichen.

Im Gegensatz dazu stehen ländliche Regionen wie Oliveira do Hospital (PT) und die Extremadura (ES) vor großen infrastrukturellen Herausforderungen. In Oliveira do Hospital (PT) zum Beispiel schafft die fehlende Transport- und Kommunikationsinfrastruktur erhebliche Hindernisse für den Marktzugang und schränkt die Möglichkeiten der Sozialunternehmen ein, Kunden zu erreichen und ihre Aktivitäten zu erweitern. Ländliche Regionen verfügen in der Regel auch über weniger institutionelle Ressourcen, was es für sozialwirtschaftliche Unternehmen schwieriger macht, die benötigte Unterstützung und Beratung zu erhalten.

Trotz dieser Herausforderungen bieten ländliche Regionen auch einzigartige Chancen für SEE, insbesondere in Sektoren wie der Landwirtschaft und dem Tourismus, wo Genossenschaftsmodelle eine zentrale Rolle bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung spielen können. Um den spezifischen Bedürfnissen von ländlichen SEE gerecht zu werden, sind jedoch maßgeschneiderte politische Maßnahmen erforderlich, einschließlich Investitionen in die Infrastruktur und die Entwicklung regionsspezifischer Unterstützungsnetzwerke.

6. Empfehlungen

Strategien und Initiativen zur Überwindung festgestellter Hindernisse und zur Stärkung der begünstigenden Faktoren

Um die in den Fokusgruppen und Befragungen ermittelten Wachstumshemmnisse zu beseitigen, müssen gezielte Strategien umgesetzt werden. Darüber hinaus ist die Stärkung der begünstigenden Faktoren für das Wachstum der Sozialwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Jede Region kann auf der Grundlage ihrer eigenen Bedürfnisse und Stärken spezifische Initiativen durchführen:

REGION	Vorgeschlagene Strategien und Initiativen
Provinz Flämisch Brabant, BE	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung des Rechtsrahmens und der Finanzierungsmechanismen. • Förderung von Kooperationsnetzwerken und unterstützenden Maßnahmen auf lokaler Ebene. • Verbesserung der finanziellen Unterstützungsmechanismen und öffentlich-private Partnerschaften. • Verbesserung von Bildungsprogrammen und Ausbildungsinitiativen zum Aufbau von Kapazitäten im sozialwirtschaftlichen Sektor.
Gemeinde Haskovo, BG	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der finanziellen Unterstützung und Schaffung langfristiger öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten. • Verbesserung des Rechtsrahmens zur besseren Definition und Unterstützung von Sozialunternehmen. • Umsetzung bedarfsgerechter Programme und Maßnahmen, um Kohärenz und Anknüpfungspunkte zu gewährleisten. • Schaffung von Mechanismen für die Beteiligung von Sozialunternehmen an der Politikgestaltung. • Entwicklung sektorspezifischer Reformen zur Unterstützung gefährdeter Gruppen.
Rhein-Neckar, DE	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung des politischen Rahmens. • Straffung der Verwaltungsverfahren zum Abbau bürokratischer Hürden. • Verbesserung der Finanzierungsmechanismen. • Unterstützung von Programmen zum Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Sozialunternehmen. • Förderung starker Netzwerke und Partnerschaften innerhalb des sozialwirtschaftlichen Sektors. • Stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Unterstützung von Initiativen.
Region Peloponnes, EL	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung der Finanzierungsmöglichkeiten durch Zuschüsse und öffentlich-private Partnerschaften. • verstärkte Unterstützung von Jugend- und Kulturinitiativen durch gezielte Finanzierung. • Vereinfachung der Vorschriften zur Verringerung des Verwaltungsaufwands.

	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der ländlichen Infrastruktur zur Unterstützung sozialer Unternehmen • Stärkung der lokalen Netzwerke zwischen Unternehmen, Behörden und Sozialunternehmern • Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Kampagnen und Bildungsprogramme.
<p>Planungsregion Riga, LV</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Abbau administrativer Hindernisse und Vereinfachung der Verfahren für Sozialunternehmern • Verstärkung der kommunalen Unterstützung durch Schulungen und Initiativen zur • Verbesserung der Finanzierungs- und Investitionsmöglichkeiten. • Förderung eines sozial verantwortlichen Beschaffungswesens, um die Zusammenarbeit mit Sozialunternehmen zu fördern. • Förderung starker Netzwerke und Partnerschaften zwischen Sozialunternehmen.
<p>Region Mazowieckie, PL</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinfachung des Rechtsrahmens und Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten • Unterstützung. • Verbesserung des Engagements der Gemeinschaft und der Koordinierung zwischen • Unterstützung von Regierungsinitiativen und Zusammenarbeit mit NROs. • Stärkung des öffentlichen Bewusstseins. • Entwicklung kohärenter politischer Rahmenbedingungen, die das Wachstum von S
<p>Oliveira do Hospital, PT</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Aufstockung der finanziellen Unterstützung und Verbesserung des rechtlichen Rah • Stärkung von Gemeinschaftsnetzwerken und unterstützenden Maßnahmen. • Förderung von Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit. • Entwicklung von Bildungsprogrammen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklun
<p>Bezirk Harghita, RO</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Straffung der Zertifizierungs- und Registrierungsverfahren für Sozialunternehmen, • zu verringern. • Entwicklung lokaler Finanzierungsinitiativen und Vereinfachung des Verfahrens für • europäischen Gemeinschaft. • Durchführung von Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorte • Sozialwirtschaft. • Förderung von Partnerschaften zwischen Sozialunternehmen, lokalen Behörden u • Nutzung von Ressourcen zu verbessern. • Durchführung von Schulungsprogrammen zur Verbesserung der Fähigkeiten und K • Sozialunternehmern.

Extremadura, ES

- Stärkung der öffentlichen Anerkennung und Unterstützung der Sozialwirtschaft durch Sensibilisierungskampagnen.
- Mehr finanzielle Anreize und Unterstützung für kooperative Modelle.
- Stärkung der institutionellen Unterstützung und Schaffung von Maßnahmen, die den Sozialwirtschaft anerkennen
- Stärkung von Gemeinschaftsnetzwerken und Vereinigungen, die soziale Unternehmen
- Entwicklung von Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Politische Empfehlungen

Durch die Umsetzung integrierter politischer Empfehlungen und vorgeschlagener Programme und Interventionen können das Wachstum und die Nachhaltigkeit der Sozialwirtschaft in den SECON-Projektregionen erheblich gesteigert werden.

In der Provinz Flämisch-Brabant (BE) ist es von entscheidender Bedeutung, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und zu überarbeiten, um das Wachstum sozialer Unternehmen durch den Abbau bürokratischer Hürden zu erleichtern und die Finanzierungs- und Unterstützungsmechanismen zu verbessern. Kooperationsnetzwerke und Bildungsprogramme, die als Stärken erkannt wurden, sollten weiter ausgebaut werden. Öffentlich-private Partnerschaften sollten gefördert werden, um sozialwirtschaftliche Initiativen durch gemeinsame Projekte zu unterstützen.

In der Gemeinde Haskovo, BG, ist eine umfassende nationale Strategie für die Entwicklung der Sozialwirtschaft erforderlich und sollte formuliert werden. Dazu gehören sektorspezifische Reformen in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Dienste, eine wirksame Ausrichtung auf gefährdete Gruppen sowie verbesserte Finanzinstrumente und Unterstützungsprogramme, insbesondere für kleinere NROs. Ein kohärenter politischer Rahmen, der auf die lokalen Bedürfnisse und regionalen Entwicklungsziele abgestimmt ist, ist von wesentlicher Bedeutung. Es sollten gezielte Finanzinstrumente geschaffen werden, um eine Anschubfinanzierung und laufende Unterstützung für soziale Unternehmen, insbesondere kleinere NRO, bereitzustellen.

Für Rhein-Neckar, DE, sind gestraffte Verwaltungsprozesse zur Vereinfachung der bürokratischen Verfahren für die Gründung und den Betrieb von Sozialunternehmen sowie verbesserte Finanzierungsmechanismen von entscheidender Bedeutung. Die Maßnahmen sollten sich auf die Förderung der sozialen Inklusion und der nachhaltigen Entwicklung konzentrieren, wobei Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Programme zum Kapazitätsaufbau Vorrang haben sollten, um die Anerkennung und die Wirkung von

Sozialunternehmen zu steigern. Programme zum Kapazitätsaufbau für Sozialunternehmen und Mitarbeiter des öffentlichen Sektors sollten ausgeweitet werden, um das Verständnis und die Unterstützung für die Sozialwirtschaft zu verbessern.

In der Planungsregion Riga, LV, sollten die Maßnahmen durch eine stärkere Beteiligung der Kommunen diversifiziert werden. Es sollten Unterstützungsmechanismen eingeführt werden, einschließlich finanzieller und nicht-finanzieller Unterstützung, die auf die Bedürfnisse von Sozialunternehmen zugeschnitten sind, wie Zuschüsse, zinsgünstige Darlehen und Unternehmensberatung. Es sollten Programme für das kommunale Engagement entwickelt werden, um die Unterstützung zu verstärken, einschließlich der Schulung von Kommunalbeamten über die Bedeutung und den Nutzen von sozialwirtschaftlichen Initiativen. Administrative Hürden müssen abgebaut und nicht-finanzielle Unterstützungsmechanismen sollten verbessert werden. Die Rollen der öffentlichen Einrichtungen müssen besser definiert werden, wobei auf lokaler und nationaler Ebene klare Zuständigkeiten und Unterstützungssysteme geschaffen werden müssen.

Die Region Mazowieckie, PL, benötigt eine bessere Koordinierung zwischen den einzelnen Stakeholdern und einen kohärenten politischen Rahmen, der sozialwirtschaftliche Initiativen über verschiedene Regierungsebenen hinweg integriert und eine bessere Koordinierung zwischen den Stakeholdern gewährleistet. Der Rechtsrahmen sollte vereinfacht werden, und die Finanzierungsmöglichkeiten müssen verbessert werden. Das öffentliche Bewusstsein für die Sozialwirtschaft muss deutlich verbessert werden, um mehr Unterstützung und Engagement zu gewinnen.

Für die Region Peloponnes, EL, sollte der Schwerpunkt auf der Schaffung eines förderlichen politischen Umfelds liegen, das sowohl finanzielle als auch regulatorische Hindernisse beseitigt und gleichzeitig die vorhandenen günstigen Faktoren nutzt. Die Maßnahmen sollten darauf abzielen, den Rechtsrahmen zu vereinfachen, damit es für Sozialunternehmen einfacher wird, tätig zu werden und zu expandieren, insbesondere in ländlichen und unterversorgten Gebieten. Darüber hinaus sollten gezielte Finanzierungsinstrumente, einschließlich Zuschüsse und Subventionen, entwickelt werden, um sozialwirtschaftliche Projekte langfristig zu unterstützen. Die Stärkung des Engagements der Gemeinschaft durch Bildungsprogramme und Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit wird für die Förderung der Rolle der Sozialwirtschaft bei der Bewältigung regionaler Herausforderungen von wesentlicher Bedeutung sein. Darüber hinaus kann die Förderung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor Innovationen vorantreiben und nachhaltigere Wachstumschancen in Bereichen wie Landwirtschaft, Kulturtourismus und Jugendförderung schaffen.

In Oliveira do Hospital, PT, sind bessere rechtliche Rahmenbedingungen und eine stärkere finanzielle Unterstützung durch Zuschüsse, Darlehen und andere Finanzierungsmechanismen

entscheidend. Starke Gemeinschaftsnetzwerke und Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sind erforderlich, um die Sozialwirtschaft zu fördern, und es sollten Bildungsprogramme entwickelt werden, um Kapazitäten innerhalb des Sektors aufzubauen und das Bewusstsein für die Vorteile der Sozialwirtschaft zu stärken.

Im Bezirk Harghita, RO, ist die Vereinfachung des rechtlichen Rahmens für Sozialunternehmen von entscheidender Bedeutung, um bürokratische Hürden abzubauen und eine breitere Beteiligung zu fördern. Dazu sollten die Zertifizierungs- und Registrierungsverfahren gestrafft werden, um sie leichter zugänglich zu machen. Darüber hinaus sind verbesserte finanzielle Unterstützungsmechanismen erforderlich, einschließlich eines leichteren Zugangs zu Mitteln auf lokaler und europäischer Ebene, um neue und bestehende soziale Unternehmen mit wichtigen Finanzmitteln zu versorgen. Es sollte eine gezielte öffentliche Sensibilisierungskampagne durchgeführt werden, um die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger über den Wert und die Auswirkungen der Sozialwirtschaft aufzuklären. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Sozialunternehmen, lokalen Behörden und NRO ist entscheidend für die Schaffung eines günstigen Umfelds für sozialwirtschaftliche Initiativen. Darüber hinaus sollten Programme zum Aufbau von Kapazitäten entwickelt werden, um Sozialunternehmern die notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln, damit sie die Herausforderungen meistern und eine nachhaltige regionale Entwicklung vorantreiben können.

In der Extremadura (ES) schließlich sollte es mehr öffentliche Anerkennung und finanzielle Anreize für sozialwirtschaftliche Unternehmen geben. Es sollten öffentliche Anerkennungskampagnen durchgeführt werden, um das Bewusstsein und die Anerkennung der Rolle der Sozialwirtschaft in der regionalen Entwicklung zu stärken, wobei insbesondere genossenschaftliche Modelle hervorzuheben sind. Um die Gründung und das Wachstum von Sozialunternehmen zu fördern, sollten verstärkte finanzielle Anreize, wie Steuererleichterungen und Subventionen, geschaffen werden. Kooperative Modelle, insbesondere im Agrar- und Ernährungssektor, müssen unterstützt und gefördert werden, und zwar mit verstärkten Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und institutioneller Unterstützung, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu verbessern.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den einzelnen Stakeholdern

Eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Stakeholdern ist für die erfolgreiche Entwicklung und Nachhaltigkeit der Sozialwirtschaft in allen Regionen entscheidend. Die folgenden Möglichkeiten können universell eingesetzt werden, um die Zusammenarbeit zwischen den Stakeholdern zu verbessern:

Multi-Stakeholder-Foren: Einrichtung regelmäßiger Foren für den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Sozialunternehmen, Regierungsbehörden, regionalen Institutionen, Unternehmen des Privatsektors und NROs. Diese Foren können den Austausch bewährter Verfahren, die Koordinierung der Bemühungen und die Festlegung gemeinsamer Ziele erleichtern.

Öffentlich-private Partnerschaften: Förderung von Partnerschaften zwischen öffentlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen zur Unterstützung sozialwirtschaftlicher Initiativen durch gemeinsame Projekte und Finanzierungsmöglichkeiten. Solche Partnerschaften können die Stärken beider Sektoren zur Förderung von Innovation und gemeinsamer Nutzung von Ressourcen nutzen.

Kollaborative Netzwerke: Aufbau von Kooperationsnetzwerken, die soziale Unternehmen, lokale Unternehmen, akademische Einrichtungen und Gemeinschaftsorganisationen umfassen. Diese Netzwerke können die gegenseitige Unterstützung, den Wissensaustausch und die gemeinsame Problemlösung fördern und so das Ökosystem der Sozialwirtschaft stärken.

Gemeinsame Programme zum Aufbau von Kapazitäten: Durchführung gemeinsamer Programme zum Kapazitätsaufbau, an denen mehrere Stakeholdergruppen beteiligt sind, um die Fähigkeiten und Kenntnisse von Sozialunternehmern und Beschäftigten des öffentlichen Sektors zu verbessern. Diese Programme können sich auf Bereiche wie Management, Finanzen, Marketing und Einhaltung von Rechtsvorschriften konzentrieren, um das Wachstum und die Nachhaltigkeit von Sozialunternehmen zu fördern.

Politische Interessenvertretungsgruppen: Bildung von Interessengruppen, die sich aus verschiedenen Stakeholdern zusammensetzen, um politische Veränderungen zur Unterstützung der Sozialwirtschaft zu beeinflussen. Diese Gruppen können zusammenarbeiten, um sich auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene für regulatorische Reformen, höhere Finanzmittel und andere unterstützende Maßnahmen einzusetzen.

Zusammenarbeit im Bildungsbereich: Partnerschaften mit Bildungseinrichtungen, um Themen der Sozialwirtschaft in die Lehrpläne zu integrieren und die Forschung zum sozialen Unternehmertum zu fördern. Diese Kooperationen können dazu beitragen, eine Pipeline von sachkundigen und qualifizierten Personen aufzubauen, die bereit sind, einen Beitrag zum sozialwirtschaftlichen Sektor zu leisten.

Regionale Konsortien: Bildung regionaler Konsortien, die Sozialunternehmen, Kommunalverwaltungen, akademische Einrichtungen und private Unternehmen umfassen, um bei sozialwirtschaftlichen Projekten und Initiativen zusammenzuarbeiten. Diese Konsortien können ihre Bemühungen koordinieren, Ressourcen bündeln und groß angelegte sozialwirtschaftliche Initiativen vorantreiben, die der gesamten Region zugute kommen.

7. Fazit

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Die im Rahmen des SECON-Projekts durchgeführten regionalen Bedarfsanalysen in neun europäischen Regionen haben sowohl Gemeinsamkeiten als auch regionale Unterschiede in Bezug auf die Herausforderungen und Chancen für sozialwirtschaftliche Unternehmen (SEE) aufgezeigt. Dabei wurden die folgenden zentralen Erkenntnisse gewonnen:

Gemeinsame Hemmnisse in den verschiedenen Regionen:

- Zugang zu Finanzmitteln: Eine immer wiederkehrende Herausforderung war der Mangel an angemessener finanzieller Unterstützung für sozialwirtschaftliche Unternehmen (SEE). In der *Planungsregion Riga* (Lettland), *Oliveira do Hospital* (Portugal) und *Haskovo Municipality* (Bulgarien) nannten die Stakeholder den begrenzten Zugang zu Finanzmitteln als ein wesentliches Hindernis für die Entwicklung und Nachhaltigkeit von SEE. Unzureichende Finanzierungsmechanismen wurden auch im Bezirk *Harghita* (Rumänien) festgestellt, wo komplizierte Verfahren das Problem noch verschärften.
- Regulatorische Komplexität: In der Region *Rhein-Neckar* (Deutschland) und *Mazowieckie* (Polen) berichteten Sozialunternehmer über bürokratische Hürden und komplexe rechtliche Rahmenbedingungen als wesentliche Hindernisse für ihre Tätigkeit. Auf dem *Peloponnes* (Griechenland) und in der *Provinz Flämisch-Brabant* (Belgien) wurden ähnliche regulatorische Herausforderungen festgestellt, insbesondere in Bezug auf den Verwaltungsaufwand für Sozialunternehmen.
- Öffentliches Bewusstsein: Ein Mangel an öffentlichem Verständnis und Anerkennung der Sozialwirtschaft war ein weit verbreitetes Problem in mehreren Regionen. Für die *Extremadura* (Spanien) und den *Peloponnes* wurde darauf hingewiesen, dass die breite Öffentlichkeit sowie die lokalen Regierungen oft nicht über die Vorteile der Sozialwirtschaft Bescheid wissen, was die Unterstützung und das Engagement erschwert. Dieses Thema wurde auch für die *Planungsregion Riga* und den *Bezirk Harghita* hervorgehoben.

Begünstigende Faktoren:

- Starke Netzwerke und Partnerschaften: In Regionen wie *Rhein-Neckar* und der *Extremadura* betonten die Stakeholder die Rolle starker Netzwerke und Partnerschaften bei der Unterstützung von sozialwirtschaftlichen Unternehmen. Für den *Peloponnes* wurde die lokale Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Sozialunternehmen und staatlichen Stellen als wichtige Voraussetzung angesehen, insbesondere in Bereichen wie Landwirtschaft und Kulturtourismus.

- Kommunale Unterstützung: Die *Planungsregion Riga* und die *Provinz Flämisch-Brabant* betonten die Bedeutung der kommunalen Unterstützung für sozialwirtschaftliche Unternehmen. In der *Planungsregion Riga* engagieren sich die Kommunen aktiv für Sozialunternehmen, um sie zu beraten und finanziell zu unterstützen und so die Zusammenarbeit zwischen sozialwirtschaftlichen Unternehmen und Kommunalverwaltungen zu fördern.
- Genossenschaftsmodelle: In der *Extremadura* wurden Genossenschaftsmodelle als wichtiger Faktor hervorgehoben, insbesondere im Agrar- und Ernährungssektor, wo sie erheblich zur sozialen Inklusion und zum regionalen Wirtschaftswachstum beigetragen haben.

Regionale Unterschiede:

- Verständnis der Sozialwirtschaft: Das von den Befragten selbst angegebene Verständnis der Sozialwirtschaft variierte erheblich zwischen den Regionen. In den Regionen *Rhein-Neckar*, *Peloponnes* und *Masowieckie* gaben die Stakeholder an, über ein gutes Verständnis des Konzepts der Sozialwirtschaft zu verfügen. Im *Bezirk Harghita* und der *Planungsregion Riga* war das Wissen laut Selbsteinschätzung dagegen geringer ausgeprägt, was darauf hindeutet, dass in diesen Regionen mehr Sensibilisierungs- und Aufklärungsinitiativen erforderlich sind.
- Wahrnehmung der Wirkung: In der *Planungsregion Riga*, der Region *Rhein-Neckar* und der *Extremadura* äußerten sich die Teilnehmer sehr optimistisch über die potenzielle Wirkung von SEE auf die regionale Entwicklung. In der Gemeinde *Haskovo* und im *Bezirk Harghita* waren die Aussichten jedoch vorsichtiger, da die Stakeholder auf die Notwendigkeit einer unterstützenden Politik und einer besseren Infrastruktur hinwiesen, um das Potenzial der sozialwirtschaftlichen Unternehmen auszuschöpfen.

Einzigartige Bedürfnisse:

- Auf dem *Peloponnes* betonten die Teilnehmer, wie wichtig die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur zur Unterstützung der sozialwirtschaftlichen Unternehmen ist, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus. In ähnlicher Weise gingen die Teilnehmer in *Oliveira do Hospital* auf die Notwendigkeit besserer rechtlicher Rahmenbedingungen und finanzieller Anreize zur Förderung lokaler Sozialunternehmen ein.
- Im *Bezirk Harghita* wurden die Vereinfachung der rechtlichen Verfahren und die Erleichterung des Zugangs zu Mitteln der europäischen Gemeinschaft als entscheidend für die Förderung des Wachstums der Sozialwirtschaft angesehen. Die Teilnehmer in der *Gemeinde Haskovo* forderten Bildungs- und Fördermaßnahmen zur Sensibilisierung und Verbesserung des Marktzugangs für Sozialunternehmen, insbesondere in kleineren Gemeinden.

Optimismus in Bezug auf Wachstum:

- Trotz der Herausforderungen äußerten sich die Stakeholder in den meisten Regionen optimistisch in Bezug auf das Potenzial der Sozialwirtschaft. In Regionen wie Deutschland, Spanien und Griechenland wurde angemerkt, dass die Sozialwirtschaft mit stärkeren rechtlichen Rahmenbedingungen, finanziellen Anreizen und einer stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit eine transformative Rolle bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, bei der sozialen Inklusion und Beseitigung von regionalen wirtschaftlichen Ungleichheiten spielen könnte.

Auswirkungen auf Politik und Praxis

Die Ergebnisse des SECON-Projekts haben mehrere wichtige Auswirkungen auf Politik und Praxis:

- **Gezielte politische Unterstützung:** Die Regierungen und regionalen Behörden müssen den rechtlichen Rahmen und die Regulierungsverfahren für sozialwirtschaftliche Unternehmen vereinfachen. Eine Straffung der Verwaltungsverfahren und ein flexibler Regulierungsrahmen, insbesondere für ländliche Gebiete, sind unerlässlich, um das Potenzial des Sektors zu erschließen, wie die Rückmeldungen aus Polen, Rumänien und Griechenland zeigen.
- **Finanzielle Mechanismen und Unterstützung:** Der Zugang zu Finanzmitteln hat sich als eines der größten Hindernisse für die sozialwirtschaftlichen Unternehmen erwiesen. Die politischen Entscheidungsträger sollten Finanzinstrumente wie Zuschüsse, zinsgünstige Darlehen und steuerliche Anreize entwickeln, die speziell auf die Unterstützung von Sozialunternehmen ausgerichtet sind, insbesondere in wirtschaftlich benachteiligten Regionen wie Bulgarien und Rumänien.
- **Aufbau von Kapazitäten und Bildung:** In allen Regionen betonten die Stakeholder die Notwendigkeit von mehr Bildungsinitiativen, die sich auf soziales Unternehmertum konzentrieren. Regierungen und Organisationen der Sozialwirtschaft sollten Programmen zur Ausbildung und zum Aufbau von Kapazitäten Vorrang einräumen, die für die Ausstattung von Sozialunternehmern mit den Fähigkeiten, die sie für das Wachstum und den Fortbestand ihrer Unternehmen benötigen, unerlässlich sind. Diese Initiativen sind besonders wichtig in Regionen mit geringem Bewusstsein für die Sozialwirtschaft, wie z. B. Lettland und Rumänien.
- **Stärkung von Netzwerken und Partnerschaften:** Die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Sozialunternehmen und Akteuren des Privatsektors ist entscheidend für die Schaffung nachhaltiger Ökosysteme der Sozialwirtschaft. Interregionale Partnerschaften, wie sie in Deutschland und Spanien zu beobachten sind, können den

Wissensaustausch, die Innovation und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen fördern, wovon alle beteiligten Stakeholder profitieren.

Zukünftige Richtungen

Aufbauend auf den Erkenntnissen, die aus der Bedarfsanalyse des SECON-Projekts gewonnen wurden, sollten mehrere zukünftige Richtungen in Betracht gezogen werden, um die Sozialwirtschaft in ganz Europa zu stärken und auszubauen:

- **Entwicklung umfassender politischer Rahmenwerke:** Die politischen Entscheidungsträger sollten die Schaffung umfassender, sektorübergreifender politischer Rahmenwerke in Erwägung ziehen, die sozialwirtschaftliche Grundsätze in breitere regionale Entwicklungsstrategien einbeziehen. Solche Rahmen sollten mit den EU-weiten Zielen für soziale Eingliederung, grüne Übergänge und wirtschaftliche Innovation in Einklang stehen und sicherstellen, dass die Sozialwirtschaft vollständig in die regionalen Wachstumsmodelle integriert wird.
- **Langfristige Finanzstrategien:** Über die kurzfristige Finanzierung hinaus brauchen die Regionen langfristige Finanzstrategien, die stabile und vorhersehbare Finanzierungsströme für Sozialunternehmen bieten. Regionen wie Griechenland und Portugal werden von der Erprobung innovativer Finanzinstrumente wie Social Impact Bonds oder Blended-Finance-Modelle profitieren, bei denen öffentliche und private Investitionen kombiniert werden, um die Skalierung der sozialwirtschaftlichen Unternehmen zu unterstützen.
- **Verstärkte Sensibilisierung und Einbeziehung der Öffentlichkeit:** Künftig sollten Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit durchgeführt werden, um sowohl die politischen Entscheidungsträger als auch die breite Öffentlichkeit über die Vorteile der Sozialwirtschaft zu informieren. Indem sie Erfolgsgeschichten und die positiven sozialen Auswirkungen der sozialwirtschaftlichen Unternehmen hervorheben, könnten solche Kampagnen eine größere öffentliche Unterstützung und ein stärkeres Engagement fördern, insbesondere in Regionen, in denen der Bekanntheitsgrad noch gering ist, wie in Bulgarien und Rumänien.
- **Unterstützung für Innovation und Digitalisierung:** Um wettbewerbsfähig und nachhaltig zu bleiben, müssen Sozialunternehmen Innovationen und Digitalisierung nutzen. Künftige politische Maßnahmen sollten spezielle Mittel für den Aufbau digitaler Kapazitäten und innovationsorientierte Projekte vorsehen, die den sozialwirtschaftlichen Ländern helfen, den technologischen Wandel zu bewältigen und neue Märkte zu erschließen, insbesondere in ländlichen oder unterversorgten Regionen.

- **Verstärkung des überregionalen Lernens:** Schließlich sollte das interregionale Lernen und die Zusammenarbeit weiter verbessert werden. Das SECON-Projekt hat bereits gezeigt, wie wertvoll der Austausch von Wissen und bewährten Verfahren zwischen den Regionen ist. Künftige Initiativen könnten die Einrichtung von interregionalen Beobachtungsstellen oder Plattformen umfassen, auf denen die Regionen kontinuierlich Erfahrungen, Ressourcen und Innovationen austauschen können, um die laufende Entwicklung der Sozialwirtschaft in ganz Europa zu unterstützen.



www.interregeurope.eu/secon



KMOP, August 2024

KMOP Soziales Aktions- und Innovationszentrum